

Rödl & Partner GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Äußere Sulzbacher Straße 100
D-90491 Nürnberg

Telefon +49 (911) 91 93-0

Telefax +49 (911) 91 93-1900

E-Mail info@roedl.de

Internet www.roedl.de

Nürnberg, 4. Mai 2007

Bö/Mor

november Aktiengesellschaft
Erlangen

Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2006
und Lagebericht
für das Rumpfgeschäftsjahr vom
1. Dezember 2006 bis zum 31. Dezember 2006
und Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Ansbach, Berlin, Chemnitz, Cottbus, Dresden-Radebeul, Eschborn, Fürth,
Hamburg, Hof, Jena, Köln, Kulmbach, Löbau, München, Nürnberg, Plauen,
Regensburg, Stuttgart

vertreten durch *Rödl & Partner International* in:

Belgien, Estland, Finnland, Frankreich, Hongkong, Indien, Indonesien,
Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Malaysia, Österreich, Polen, Rumänien,
Russische Föderation, Schweden, Singapur, Slowakische Republik, Slowenien,
Spanien, Südkorea, Thailand, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Ungarn
USA, VR China

Geschäftsführer

Dr. Bernd Rödl, WP, StB, RA

Alexander Jaenisch, WP, StB, RA

Monika Kastl, Dipl.-Kfm., WP, StB

Wolfgang Kraus, Dipl.-Kfm., WP, StB

Heinrich Hübschmann, Dipl.-Kfm., WP, StB

Dr. Christian Rödl, LL.M., RA, StB

Manfred Baier, Dipl.-Kfm., WP, StB

Dieter Riediger, Dipl.-Ök., WP

Martin Wambach, Dipl.-Kfm., WP, StB

Dr. Peter Bömelburg, Dipl.-Kfm., WP, StB

Dr. Rolf Leuner, Dipl.-Kfm., WP, StB

Dr. Gerd Uwe Hegenloh, Dipl.-Kfm., WP, StB

Dr. Bernd Keller, Dipl.-Kfm., WP, StB

Sitz: Nürnberg, AG Nürnberg, HRB 9289

Inhaltsverzeichnis

1. LAGEBERICHT FÜR DAS RUMPFGESCHÄFTSJAHR
VOM 1. DEZEMBER BIS 31. DEZEMBER 2006
2. BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2006
3. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS
RUMPFGESCHÄFTSJAHR VOM 1. DEZEMBER BIS
31. DEZEMBER 2006
4. ANHANG FÜR DAS RUMPFGESCHÄFTSJAHR
VOM 1. DEZEMBER BIS 31. DEZEMBER 2006
5. BESTÄTIGUNGSVERMERK

1. Lagebericht für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Dezember 2006 bis 31. Dezember 2006

november AG

LAGEBERICHT für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1.12.-31.12.2006

Nachstehend berichtet der Vorstand gem. § 289 HGB über den Geschäftsverlauf und die Lage der november AG im Rumpfgeschäftsjahr vom 1.12.-31.12.2006. Bezüglich der Ereignisse in den ersten 11 Monaten des Geschäftsjahres 2006 wird auf den Jahresabschluss zum 30.11.2006 verwiesen. Angaben zu Vorjahreswerten beziehen sich jeweils auf den geprüften Jahresabschluss zum 30.11.2006 bzw. auf den Zeitraum vom 1.1.-30.11.2006. Wir weisen darauf hin, dass eine direkte Vergleichbarkeit der Werte nicht gegeben ist.

Geschäftsentwicklung im Rumpfgeschäftsjahr vom 1.12.-31.12.2006

Insolvenzverfahren am 1.12.2006 eröffnet

Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der november AG wurde am 1.12.2006 eröffnet. Herr Böhm wurde zum Insolvenzverwalter der Gesellschaft bestellt. Herr Böhm war bereits zuvor als vorläufiger Insolvenzverwalter der november AG bestellt.

Die november-Tochtergesellschaften identif GmbH und directif GmbH, welche bislang überwiegend durch die Muttergesellschaft finanziert wurden, mussten als Konsequenz des Insolvenzantrags der november AG Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens stellen. Das Insolvenzgericht bestellte Herrn Volker Böhm auch zum vorläufigen Insolvenzverwalter beider november-Tochtergesellschaften. Für die Tochtergesellschaften wurden die Insolvenzverfahren ebenfalls zum 1.12.2006 eröffnet. Insbesondere wegen wechselseitiger Forderungen/Verbindlichkeiten zwischen Muttergesellschaft und Töchtern wurde Frau Mechthild Bruche, Dr. Beck & Partner GbR, Nürnberg, zur Insolvenzverwalterin der Tochtergesellschaften identif GmbH und directif GmbH bestellt.

In Folge der Insolvenzanmeldungen der november AG, der identif GmbH und der directif GmbH und des Wegfalls der Going-Concern-Prämisse mussten alle Bilanzpositionen der Gesellschaften zum 30.11.2006 einer umfassenden Werthaltigkeitsprüfung unterzogen werden. Die im Abschluss zum 30.11.2006 ermittelten Wertansätze wurden im darauf folgenden Rumpfgeschäftsjahr vom 1.12.-31.12.2006 fortgeschrieben und, soweit erforderlich, auf Basis neuer Erkenntnisse Wertanpassungen vorgenommen. Ein Wiederaufleben der Going-Concern-Prämisse erfolgte zum Stichtag 31.12.2006 nicht, da zwar zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung das Insolvenzverfahren aufgehoben war, jedoch die zukünftige mittelfristige Finanzierung noch nicht als hinreichend gesichert angenommen werden kann.

Insolvenzplanverfahren mit dem Ziel der Fortführung der Unternehmensgruppe

Die november AG ist eine auf Bio- und Nanotechnologie spezialisierte Entwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft. Ziel ist es, das bestehende Produkt- und Technologieportfolio markt- und kundenorientiert zu optimieren und den Markteintritt der Produkte erfolgreich umzusetzen.

Die november AG übt die Funktion einer Finanz- und Verwaltungsholding aus und steht für mehrere Tochtergesellschaften mit unterschiedlichen Schwerpunktbereichen. Das in 2004 mit der Ausgründung der Geschäftsbereiche in eigenständige Unternehmen verfolgte Ziel, die Töchter für finanzielle und strategische Partner attraktiv zu positionieren, konnte nicht im erforderlichen Umfang realisiert werden. Dem Insolvenzverwalter gelang es gemeinsam mit dem zum 31.12.2006 amtierenden Vorstand die Biomed Beteiligungsgesellschaft mbH, Freiburg, bzw. Herrn Dr. Claus Müller als Investor, der an der Fortführung der Unternehmensgruppe interessiert ist, zu gewinnen. Zu diesem Ziel entwickelten die Insolvenzverwaltungen der november AG, identif GmbH und directif GmbH im Dezember 2006 die erforderlichen Insolvenzpläne, welche den Gläubigern zur Abstimmung vorgelegt wurden. Zur Durchführung der Insolvenzpläne stellt der Investor jeweils einen Abgeltungsbetrag zur Verfügung, welcher die Gläubiger besser stellt als sie bei einem Regelverfahren, d.h. bei Zerschlagung der Unternehmen und Auskehr des Zerschlagungserlöses, stünden. Das für die Durchführung des Insolvenzplanverfahrens notwendige Kapital wurde der november AG vom Investor in Form eines Nachrangdarlehens zur Verfügung gestellt, welches vom Insolvenzverwalter bis zur Ausschüttung an die Gläubiger treuhänderisch verwaltet wird. Die Gläubigerversammlungen haben am 12.3.2007 den Insolvenzplänen zugestimmt. Das Amtsgericht Fürth -Insolvenzgericht- hat mit Beschluss vom 30.4.2007 das Insolvenzverfahren über das Vermögen der november AG nach rechtskräftiger Bestätigung des Insolvenzplans aufgehoben.

Der folgende Überblick soll Sie über die wichtigsten Ereignisse des Rumpfgeschäftsjahres vom 1.12.-31.12.2006 der november AG informieren:

- **identif GmbH:** Die Geschäftsführung der identif GmbH hat gemeinsam mit dem Investor begonnen die zukünftige strategische Ausrichtung der Gesellschaft sowie das Vertriebskonzept auszuarbeiten. Eine weitere Zusammenarbeit mit dem bisherigen Vertriebspartner DuPont auf Basis der bestehenden Verträge wird nicht angestrebt. Nach dem Ende des Berichtszeitraums wurde durch die Insolvenzverwalterin der identif GmbH in Abstimmung mit dem Investor gegenüber DuPont der Nichteintritt in die bestehende Lizenz- und Liefervereinbarung erklärt.
- Die **directif GmbH** befindet sich noch in der Entwicklungsphase und verfügt noch nicht über marktfähige Produkte. Im Hinblick auf den noch erforderlichen Kapitaleinsatz bis zum Erreichen der Marktfähigkeit der vorhandenen Entwicklung erschien es im Dezember 2006 unwahrscheinlich, dass die directif GmbH fortgeführt werden würde. Aus diesem Grund wurden die Mitarbeiter der Gesellschaft zum Jahresende 2006 freigestellt. Da zwischenzeitlich Synergiepotentiale zwischen der directif GmbH und den Beteiligungsgesellschaften des Investors identifiziert wurden, ist es wahrscheinlich, dass die Gesellschaft weitergeführt wird. Ehemalige directif-Mitarbeiter konnten von dem angestrebten Konzept, welches eine teilweise Modifizierung der bisherigen Entwicklung vorsieht, überzeugt und für eine zukünftige Zusammenarbeit gewonnen werden.
- Die **PEQLAB Biotechnologie GmbH** konnte ihre Vertriebsstärke auch im Dezember 2006 bestätigen. Ferner begannen im Dezember 2006 Verhandlungen zwischen der november AG und den weiteren Gesellschaftern der PEQLAB Biotechnologie GmbH bezüglich der zukünftigen Zusammenarbeit und damit einhergehend, bezüglich Anpassungen in der Satzung der PEQLAB Biotechnologie GmbH sowie in weiteren Verträgen.

· **november AG:**

- Am 26.9.2006 hatte der Vorstand der november AG Insolvenzantrag beim Amtsgericht Fürth/Bay. gestellt. Das Verfahren wurde am 1.12.2006 eröffnet und Herr Böhm zum Insolvenzverwalter der Gesellschaft bestellt.
- Die ausschließlich durch die november AG finanzierten und mit dieser über einen Ergebnisabführungsvertrag verbundenen Tochtergesellschaften identif GmbH und directif GmbH waren aufgrund des Insolvenzantrags der Muttergesellschaft akut zahlungsunfähig und ebenfalls gezwungen, einen Insolvenzantrag beim Amtsgericht Fürth/Bay. zu stellen. Die Ergebnisabführungsverträge sind nicht gekündigt worden und sollen aufrecht erhalten werden, da der Unternehmensverbund in seiner jetzigen Struktur unter Berücksichtigung der geplanten Restrukturierungsmaßnahmen fortgeführt werden soll. Mit Verfahrenseröffnung am 1.12.2006 ist Frau Mechthild Bruche, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Insolvenzrecht, Dr. Beck & Partner GbR, Nürnberg, zur Insolvenzverwalterin der Tochtergesellschaften bestellt worden.
- Der Insolvenzverwalter der november AG schließt mit dem Investor sowohl eine Massekreditvereinbarung (Nachrangdarlehen), welches der Gläubigerbefriedigung im Rahmen der Durchführung der Insolvenzplanverfahren bei der november AG sowie bei den Tochtergesellschaften identif GmbH und directif GmbH dient, sowie eine weitere Massekreditvereinbarung (Nachrangdarlehen), welches die Finanzierung der laufenden Kosten für die Zeit bis zur Genehmigung des Insolvenzplanverfahrens durch die Gläubigerversammlung sowie das Insolvenzgericht sicherstellt.
- Zum Zwecke der Durchführung des geplanten Sanierungskonzepts gibt der Vorstand mit Zustimmung des Insolvenzverwalters ein Unternehmenswertgutachten in Auftrag, um den objektivierten Unternehmenswert der november-Gruppe zu ermitteln.
- Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft kommt auch im laufenden Insolvenzverfahren eine wesentliche Bedeutung zu, da sich die Insolvenzverwaltung lediglich auf die vermögensrechtliche Seite bezieht, jedoch für gesellschaftsrechtlich relevante Entscheidungen nach wie vor ein funktionsfähiger Aufsichtsrat notwendig ist. Frau Dr. Jankowska und Herr Walter Schurmann sind jeweils auf eigenen Wunsch zum 4.11.2006 bzw. 18.12.2006 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Der Vorstand hat die gerichtliche Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern für die nicht besetzten Aufsichtsratsposten gemäß § 104 Abs. 2 S. 2 AktG beantragt. Diesen Anträgen wurde durch das Amtsgericht Fürth – Registergericht – entsprochen, indem zum einen am 8.12.2006 Herr Martin Behrens, Staufeu, zum anderen am 4.1.2007 Prof. Dr. Ekkehard K. F. Bautz, Heidelberg, gerichtlich zu Aufsichtsratsmitgliedern bestellt wurden.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich jeweils auf den Berichtszeitraum 1.12.-31.12.2006. Mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens beginnt am 01.12.2006 gem. § 155 Abs. 2 InsO ein neues Geschäftsjahr. § 27 der Satzung der november AG sieht vor, dass das Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr übereinstimmt. Aus diesem Grund ist es notwendig einen Jahresabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1.12.-31.12.2006 zu erstellen. Die geprüften Vorjahreswerte umfassen den Zeitraum 1.1.-30.11.2006. Eine direkte Vergleichbarkeit mit den Vorjahreswerten ist nicht gegeben.

Umsatzentwicklung der november AG

Im Rumpfgeschäftsjahr vom 1.12.-31.12.2006 beläuft sich der Umsatz auf TEUR 58 (Vorjahr 1.1.-30.11.2006: TEUR 1.047). Dieser stammt aus Serviceleistungen welche an die Tochtergesellschaften identif GmbH und directif GmbH erbracht wurden. Den Umsätzen stehen umsatzbezogene Herstellungskosten in gleicher Höhe entgegen (TEUR 58 TEUR; Vorjahr 1.1.-30.11.2006: TEUR 1.047). Für den Zeitraum 1.12.-31.12.2006 liegt das Bruttoergebnis vom Umsatz damit bei EUR 0 (Vorjahr 1.1.-30.11.2006: EUR 0).

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Die bei der november AG angefallenen Forschungs- und Entwicklungskosten resultieren hauptsächlich aus Patentkosten, welche den Tochtergesellschaften nicht zuzurechnen sind. (TEUR 3; Vorjahr 1.1.-30.11.2006: TEUR 93).

Im Berichtszeitraum 1.12.-31.12.2006 belaufen sich die Kosten der Allgemeinen Verwaltung auf TEUR 190 (Vorjahr 1.1.-30.11.2006: TEUR 1.092).

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen im Berichtszeitraum 1.12.-31.12.2006 TEUR 52 (Vorjahr 1.1.-30.11.2006: TEUR 399). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf TEUR 111 (Vorjahr 1.1.-30.11.2006: TEUR 3.629). Der hohe Vorjahreswert resultierte hauptsächlich aus dem Aufbau von Rückstellungen für drohende Schadensersatzforderungen und Prozesskosten sowie außerplanmäßiger Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen im Zusammenhang mit Bewertung des Vermögens unter Liquidationsgesichtspunkten.

Insgesamt beläuft sich das Betriebsergebnis im Rumpfgeschäftsjahr 1.12.-31.12.2006 auf Mio. EUR -0,253 (Vorjahr 1.1.-30.11.2006: Mio. EUR -4,415).

Das Finanzergebnis liegt in der Periode vom 1.12.-31.12.2006 bei Mio. EUR -0,210 (Vorjahr 1.1.-30.11.2006: Mio. EUR -9,600, wobei der Vorjahreswert hauptsächlich Abschreibungen auf Finanzanlagen enthält. Die ebenfalls im Finanzergebnis enthaltenen Aufwendungen aus Verlustübernahmen belaufen sich im Berichtszeitraum auf TEUR 191 (Vorjahr 1.1.-30.11.2006: TEUR 3.896). Diese resultieren aus den mit den Tochtergesellschaften identif GmbH und directif GmbH geschlossenen Ergebnisabführungsverträgen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt für den Zeitraum 1.12.-31.12.2006 damit bei Mio. EUR -0,463 (Vorjahr: 1.1.-30.11.2006: Mio. EUR -14,015).

Nach Steuern liegt der Jahresfehlbetrag im Berichtszeitraum 1.12.-31.12.2006 damit insgesamt bei Mio. EUR -0,463 (Vorjahr 1.1.-30.11.2006: Mio. EUR 14,015).

Der Bilanzverlust der november AG beläuft sich nach Erhöhung um den Jahresfehlbetrag für den Zeitraum 1.12.-31.12.2006 zum 31.12.2006 auf Mio. EUR 55,949 (Vorjahr 30.11.2006: Mio. EUR 55,487).

Die Bilanzsumme betrug zum 31.12.2006 Mio. EUR 5,933 (Vorjahr 30.11.2006: Mio. EUR 5,622).

Angaben gemäß § 289 Absatz 4 HGB

§ 289 Absatz 4, Nr. 1:

Gemäß § 4 der Satzung der november AG beträgt das gezeichnete Kapital der Gesellschaft Euro 7.508.320 und ist eingeteilt in 7.508.320 nennwertlose auf den Inhaber lautende Stückaktien.

§ 289 Absatz 4, Nr. 3:

Zum Bilanzstichtag ist Herr Dr. Claus Müller, Deutschland, direkt und indirekt mit mehr als 10% am Grundkapital der november AG beteiligt.

§ 289 Absatz 4, Nr. 4:

§ 12 der Satzung der Gesellschaft enthält ein Sonderrecht, welches Kontrollbefugnis verleiht, zu Gunsten des Gründungsaktionärs Dr. Bertling, wonach dieser, wenn er nicht alleiniger Aktionär der Gesellschaft ist, das Recht hat, ein Drittel der satzungsmäßigen Zahl der Aufsichtsratsmitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Herr Dr. Bertling hat mit schriftlicher Erklärung gegenüber der Gesellschaft vom 25.2.2000 unwiderruflich erklärt, dass er dauerhaft auf die Inanspruchnahme des ihm satzungsmäßig zustehenden Entsendungsrechts verzichtet. Ein Hauptversammlungsbeschluss zur Löschung dieses Rechts wurde bis zum 31.12.2006 nicht gefasst. Die notariell beurkundete Zustimmungserklärung des Herrn Dr. Bertling zur Löschung dieses Rechts lag zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Jahresabschlusses vor.

§ 289 Absatz 4, Nr. 6:

Gemäß § 8 der Satzung der november AG erfolgt die Bestimmung der Anzahl sowie die Bestellung der ordentlichen Vorstandsmitglieder und der stellvertretenden Vorstandsmitglieder, der Abschluss der Anstellungsverträge sowie der Widerruf der Bestellung durch den Aufsichtsrat, ebenso die Ernennung eines Mitglieds des Vorstands zum Vorstandsvorsitzenden sowie weiterer Vorstandsmitglieder zu stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden. Der Vorstand der november AG besteht gemäß § 8 der Satzung der Gesellschaft aus einem oder mehreren Mitgliedern. Der Vorstand kann auch dann aus einem einzelnen Mitglied bestehen, wenn das Grundkapital EUR 3.000.000,00 übersteigt. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern des Vorstandes ist zulässig. Diese haben im Bezug auf die Vertretung der Gesellschaft nach außen die selben Rechte wie die ordentlichen Mitglieder des Vorstandes.

Darüber hinaus gelten die gesetzlichen Vorschriften bezüglich der Berufung sowie der Abberufung von Vorstandsmitgliedern.

Gemäß § 25 der Satzung der Gesellschaft bedürfen Beschlüsse der Hauptversammlung der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Gesetz zwingend etwas anderes vorschreibt. Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt. In den Fällen, in denen das Gesetz eine Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenden Grundkapitals erfordert, genügt, sofern nicht durch Gesetz eine größere Mehrheit zwingend vorgeschrieben ist, die einfache Mehrheit des

vertretenden Grundkapitals. Im Falle der Stimmgleichheit gilt, ausgenommen bei Wahlen, ein Antrag als angenommen. Sofern bei Wahlen im ersten Wahlgang die einfache Stimmenmehrheit nicht erreicht wird, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Personen statt, welche die höchsten Stimmzahlen erhalten haben. Bei gleicher Stimmzahl im zweiten Wahlgang entscheidet das Los. Darüber hinaus gelten die gesetzlichen Vorschriften bezüglich der Änderung der Satzung.

§ 289 Absatz 4, Nr. 7:

Der Vorstand der november AG ist nicht befugt Aktien zurückzukaufen. Die Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Aktienausgabe regeln die §§ 5 und 6 der Satzung der Gesellschaft. Nähere Ausführungen zu den Befugnissen des Vorstands Aktien im Rahmen des genehmigten und bedingten Kapitals auszugeben, sind im Anhang unter den Erläuterungen zum Eigenkapital der november AG ausgeführt.

Angaben zu § 289 Absatz 4, Nr. 2, 5, 8 und 9 entfallen zum Stichtag 31.12.2006.

Entwicklung der Mitarbeiterzahlen

Gegenüber dem 30.11.2006 stellt sich die Personalsituation bei der november AG nahezu unverändert dar.

Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl auf Vollzeitbasis der november-Gruppe lag zum 31.12.2006 bei 60 Mitarbeitern (30.11.2006: 63). Auf die november AG selbst entfallen davon zum 31.12.2006 13 Mitarbeiter (30.11.2006: 15 Mitarbeiter).

Entwicklung der november AG und ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften im Rumpfgeschäftsjahr 2006

Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der november AG liegen hauptsächlich bei ihren Tochtergesellschaften. Bezüglich der ausführlichen Darstellung der Tochtergesellschaften verweisen wir auf die Ausführungen im Geschäftsbericht für den Zeitraum vom 1.1.-30.11.2006. Da sich im Rumpfgeschäftsjahr vom 1.12.-31.12.2006 keine hiervon abweichenden maßgeblichen Veränderungen ergeben haben, wird auf eine bloße Wiederholung der Angaben aus dem vorgenannten Geschäftsbericht 2006 weitestgehend verzichtet.

identif GmbH

Die identif GmbH, eine 95%ige Tochter der november AG und 5%ige Beteiligung des US-Konzerns DuPont, entwickelt und vermarktet Produkte für den wirksamen Schutz gegen Produktpiraterie, illegale Überproduktion und wirksame Kontrollen der Vertriebswege. Die identif GmbH konzentriert sich dabei auf zwei Markierungssysteme, welche unter den Markennamen „i hide“ und „i spec“ angeboten werden.

„i hide“

Eines der Produkte der identif GmbH ist ein Produktschutzsystem auf der Basis synthetisch hergestellter DNA-Codes, welche die hohe Informationsspeicherdichte der DNA ausnutzen und die weltweit einmalige schnelle Vor-Ort-Überprüfung mit dafür abgestimmten Lesegeräten sicherstellen. Innerhalb von wenigen Sekunden erhält der Anwender so Klarheit über die Authentizität der Waren. Diese Markierung ist für das bloße Auge unsichtbar. Die DNA-Codes können als molekularer Fingerabdruck entweder mittels Etikett auf die Verkaufsverpackung aufgebracht oder direkt in Verbindung mit dafür geeigneten Druckfarben auf das Produkt aufgedruckt werden.

„i spec“

Zur Markierung von Oberflächen bietet die identif GmbH nanotechnische Cluster Codes auf Basis äußerst stabiler, ultradünner Schichten an. Diese zeigen unter verschiedenen Betrachtungswinkeln hochspezifische Farbkippeffekte. Die dadurch erzeugten spektralen Codes gewährleisten neben einer schnellen und einfachen Maschinenlesbarkeit höchste Fälschungssicherheit, welche die derzeit für Sicherheitszwecke häufig eingesetzten Hologramme und andere herkömmliche Sicherheitstechnologien nicht darstellen können. Die Aufbringung auf das zu schützende Produkt ist mittels Etiketten-, Folien- oder Direktmarkierung möglich und in allen Varianten maschinenlesbar. Aufgrund ihrer einzigartigen Farbvielfalt sind diese Siegel darüber hinaus auch als optisch attraktives Sicherheitsmerkmal breit einsetzbar.

Beide Sicherheitstechnologien erhöhen den Schutz der Verbraucher vor minderwertiger Ware. Sie unterstützen zusätzlich auch den Hersteller im Kampf gegen illegale Überproduktion oder untreue Partner in der Liefer- und Vertriebskette.

directif GmbH

Die directif GmbH ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der november AG. Sie entwickelte bislang das weltweit erste voll automatisierte molekulare System für die laborunabhängige Nukleinsäure-Analytik. Das System vereint die im Labor einzeln ausgeführten Analyseschritte in einer einzigen Einweg-Kartusche (Cartridge). Ausgelesen werden die Proben durch einen Analyzer von der Größe eines handelsüblichen Laserdruckers. Ziel war es, ein im Vergleich zur konventionellen Analyse im Labor wesentlich schnelleres und kostengünstigeres System auf den Markt zu bringen, für welches weder eine Laborinfrastruktur noch speziell geschultes Personal erforderlich ist.

Eine Fortführung der directif GmbH ist im Rahmen des Sanierungskonzeptes wünschenswert und beabsichtigt, wobei eine abschließende Entscheidung über die zukünftigen Entwicklungs-

schwerpunkte der Gesellschaft noch nicht gefällt werden konnte. Das bereits bis zum Prototypenstadium entwickelte Analysesystem soll weiterverfolgt werden, jedoch steht noch nicht fest, inwieweit dies durch die directif GmbH selbst geschehen kann oder ob eine Auslagerung an einen Kooperationspartner sinnvoller ist. Aufgrund der bestehenden offenen Fragen mussten die Mitarbeiter der directif GmbH zum 1.1.2007 freigestellt werden, um den noch schwebenden Sanierungsplan nicht zu gefährden.

PEQLAB Biotechnologie GmbH

Die PEQLAB Biotechnologie GmbH ist eine 51%ige Tochtergesellschaft der november AG und vermarktet als Komplettanbieter für die Molekularbiologie innovative, zum Teil selbst entwickelte und produzierte Reagenzien und Laborgeräte. Zu den Kunden zählen vor allem Forschungseinrichtungen von Behörden und Universitäten sowie Biotechnologieunternehmen. Sowohl durch die Intensivierung des nationalen und internationalen Vertriebs als auch durch stetige Erweiterung des Produktsortiments konnte die Produktions- und Handelsgesellschaft in den letzten Jahren zweistellig wachsen. Der Exportanteil am Umsatz liegt im Zeitraum 1.12.-31.12.2006 bei 16 Prozent (Vorjahr: 1.1.-30.11.2006: 18 Prozent). Die Gesellschaft konnte ihren Umsatz im direkten Gesamtjahresvergleich 2005/2006 um rd. 25 Prozent steigern.

Die PEQLAB Biotechnologie GmbH ist von der Insolvenz der Muttergesellschaft nicht unmittelbar betroffen und finanziert sich aus dem operativen Geschäft.

Die Satzung der PEQLAB Biotechnologie GmbH sieht vor, dass der von der november AG gehaltene 51%-Geschäftsanteil von den Mitgesellschaftern zum anteiligen bilanziellen Eigenkapital eingezogen werden kann, wenn es der november AG nicht gelingt, das Insolvenzverfahren binnen 3 Monaten nach Verfahrenseröffnung wieder aufzuheben. Das anteilige bilanzielle Eigenkapital (HGB) des von der november AG gehaltenen Geschäftsanteils beläuft sich zum 30.11.2006 auf 480 TEUR. Ferner steht den Mitgesellschaftern ein Andienungsrecht gegenüber der november AG zu. Der Kaufpreis ermittelt sich aus dem Vorjahresumsatz abzüglich eines Abschlages von 30% bezogen auf den angedienten Geschäftsanteil. Beide Mitgesellschafter der PEQLAB Biotechnologie GmbH haben ihr Andienungsrecht gegenüber dem Insolvenzverwalter der november AG mit Schreiben vom 21.12.2006 geltend gemacht.

Zwischen dem Insolvenzverwalter und den Mitgesellschaftern der PEQLAB Biotechnologie GmbH wurde nach dem Bilanzstichtag eine einvernehmliche Regelung erzielt, dass die vorgenannten Rechte unter bestimmten Bedingungen in der ursprünglichen satzungsmäßig und vertraglich vereinbarten Form nicht ausgeübt werden. Die Vereinbarung wurde im Zeitraum der Erstellung dieses Berichts rechtsgültig unterzeichnet.

Entwicklung der Beteiligungen

ZAFENA AB

An der schwedischen Bio- und Medtechfirma ZAFENA AB ist die november AG seit 2004 mit 22,4% beteiligt.

Dem Insolvenzverwalter der november AG liegt ein Angebot bezüglich des Kaufs des Geschäftsanteils an der ZAFENA AB vor, welches die historischen Anschaffungskosten der Beteiligung überschreitet. Der Wert des Geschäftsanteils an der ZAFENA AB sowie die Ertragsaussichten sind als von untergeordneter Bedeutung für die november AG einzustufen. Der Kaufvertrag wurde nach Ende des Berichtszeitraums geschlossen.

Attophotonics Biosciences GmbH

Die november AG hält zum 31.12.2006 10% an der in Wien, Österreich ansässigen Attophotonics Biosciences GmbH.

Der Geschäftsanteil wurde nach Ende des Berichtszeitraums verkauft. Der Kaufpreis deckt den ausgewiesenen Buchwert. Eine Wesentlichkeit der Beteiligung ist im Konzernkontext nicht gegeben.

Von der november AG finanzierte Gesellschaften ohne Beteiligungsverhältnis

responsif GmbH

Die november AG ist zum Abschlussstichtag 31.12.2006 an der responsif GmbH nicht beteiligt, hat jedoch als Fremdkapitalgeber die Gesellschaft bislang finanziert. Die responsif GmbH entwickelt auf Basis von zwei Technologieplattformen individuelle Krebstherapien.

Die ausgereichten Darlehen wurden durch die november AG mit Zustimmung des Insolvenzverwalters gekündigt (Mio. EUR 4,2 zzgl. Zinsen). Die responsif GmbH hat ihrerseits diverse Schadensersatzforderungen zur Insolvenztabelle der november AG angemeldet. Zwischen dem Insolvenzverwalter und der responsif GmbH konnte nach dem Abschlussstichtag eine einvernehmliche Lösung zur Beilegung der Streitigkeiten gefunden werden, welche unter bestimmten Bedingungen einen Darlehensverzicht im Jahr 2008 in Verbindung mit einer teilweisen Kompensation in Form eines Besserungsscheins vorsieht.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Insolvenzplanverfahren

Es ist beabsichtigt, die november AG und ihre von der Insolvenz betroffenen Tochtergesellschaften identif GmbH und directif GmbH im Rahmen eines Insolvenzplanverfahrens zu sanieren und damit eine Liquidation der Gesellschaften zu vermeiden. Das Insolvenzplanverfahren gliedert sich dabei in drei Schritte: Erstens die Aufstellung eines Insolvenzplans, zweitens die Annahme und Bestätigung des Insolvenzplans durch die Gläubigerversammlung und drittens die Umsetzung des bestätigten Plans mit anschließender Überwachung der Planerfüllung durch den Insolvenzverwalter.

Im ersten Berichts- und Prüfungstermin des Insolvenzgerichts Fürth am 29.1.2007 im Insolvenzverfahren der november AG wurden folgende Tagesordnungspunkte durch die Gläubigerversammlung einstimmig beschlossen:

1. Der Verwertung der Insolvenzmasse wird zugestimmt, unter der Voraussetzung, dass der Insolvenzplan nicht durchgeführt werden kann oder die Gegenstände für den Insolvenzplan nicht benötigt werden. Der Insolvenzverwalter ist insoweit gem. §159 InsO berechtigt, das zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen zu verwerten.
2. Der Geschäftsbetrieb der Insolvenzschuldnerin wird vorläufig fortgeführt. Der Insolvenzverwalter ist berechtigt, den Geschäftsbetrieb stillzulegen, wenn wirtschaftliche Erfordernisse dies nötig machen oder der Insolvenzplan nicht durchgeführt wird.
3. Ein Gläubigerausschuss wird nicht bestellt.
4. Vorsorglich wird die Zustimmung zu den sonstigen zustimmungsbedürftigen, besonderen Rechtshandlungen i.S.d. §§160, 162 InsO erteilt. Dem Insolvenzverwalter wird die Führung von Prozessen bzw. der Abschluss von Vergleichen oder Schiedsverträgen zur Vermeidung oder zur Beendigung derartiger Prozesse gestattet, § 160 Abs. 2 Nr. 3 InsO.
5. Hinterlegungsstelle bleibt die Commerzbank Nürnberg.
6. Dem Insolvenzverwalter wird aufgegeben, halbjährlich Bericht zu erstatten.
7. Auf Rechnungslegung bis zur Schlussrechnung wird verzichtet.
8. Die Aufnahme eines Massekredits und evtl. zukünftige Aufnahme eines Massekredits zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs wird genehmigt.

Am gleichen Tag fanden auch die Gläubigerversammlungen der Tochtergesellschaften statt, welche ebenfalls mittels Insolvenzplanverfahren saniert werden sollen.

Das Ziel des Insolvenzplans ist eine Reorganisation der november-Gruppe sowie eine bestmögliche Gläubigerbefriedigung. Der Insolvenzverwalter der november AG konnte in seinen Bemühungen, den gesamten Unternehmensverbund der november AG zu erhalten, einen Investor finden und überzeugen, die zur Restrukturierung der november-Gruppe erforderlichen finanziellen Beträge bereitzustellen. Damit konnte der Geschäftsbetrieb der november AG aufrecht erhalten und alle zur Fortführung der Tochtergesellschaften und zum Erhalt der bestehenden Vermögenswerte erforderlichen Maßnahmen veranlasst werden. Hinsichtlich der weiteren Minderheitsbeteiligungen der november AG wurden Verhandlungen über einen Erwerb der Anteile durch Mitgesellschafter aufgenommen. Die Erwerbskonditionen sind mittlerweile verhandelt. Auch mit den Mitgesellschaftern der PEQLAB Biotechnologie GmbH konnte eine einvernehmliche Lösung in Abstimmung mit dem Investor für den Fall des Gelingens des Insolvenzplanverfahrens erzielt werden. Der Insolvenzplan wird darüber hinaus eine Befriedigung der Gläubiger zu einer Quote sicherstellen, die besser ist als die Befriedigung im Liquidationsfall.

Die zweite Gläubigerversammlung, die über den vorgelegten Insolvenzplan abzustimmen hatte, fand am 12.03.2007 statt. Diese hat mehrheitlich dem Insolvenzplan zugestimmt, woraufhin das Insolvenzgericht den Insolvenzplan bestätigt hat. Die an die Gläubiger ausschüttbare Quote liegt, die anerkannten Forderungen zugrunde gelegt, bei ca. 40 Prozent. Einer kurzfristigen Aufhebung des Insolvenzverfahrens stand ein beim Insolvenzgericht eingelegter Widerspruch zum Insolvenzplan entgegen. Dieser Widerspruch wurde Ende April 2007 zurückgezogen. Das Insolvenzgericht hat die Insolvenzverfahren der november AG, der identif GmbH und der directif GmbH mit Beschlüssen vom 30.4.2007 aufgehoben.

Veränderungen im Aufsichtsrat und schwebende Rechtstreitigkeiten in diesem Zusammenhang

Der Vorstand hat die gerichtliche Bestellung eines Aufsichtsratsmitglieds für den am 18.12.2006 ausgeschiedenen Herrn Walter Schurmann gemäß § 104 Abs. 2 S. 2 AktG beantragt. Diesem Antrag wurde durch das Amtsgericht Fürth – Registergericht – entsprochen und am 4.1.2007 Prof. Dr. Ekkehard K. F. Bautz, Heidelberg, gerichtlich zum Aufsichtsratsmitglied bestellt.

Herr Dr. Bertling hat der Aufhebung des zu seinen Gunsten in § 12 der Satzung der november AG verankerten Entsendungsrechts, welches ihm die Entsendung von einem Drittel der Aufsichtsratsmitglieder einräumt, in der nächsten Hauptversammlung zugestimmt. Die Zustimmung wurde notariell beurkundet und im Anschluss daran alle damit verbundenen, noch schwebenden Rechtsstreitigkeiten im Einvernehmen aufgehoben.

Vorstandswechsel

Mit Zustimmung des Aufsichtsrates haben Herr Reinhard Schüren (Vorstandsvorsitzender, CEO) und Frau Astrid Dickert (CFO) im Einvernehmen ihre Vorstandsmandate zum 31.3.2007 niedergelegt. In seiner Sitzung vom 28.3.2007 hat der Aufsichtsrat Herrn Dr. Claus Müller (CEO), Herrn Jürgen Haegele (CFO) und Herrn Prof. Dr. Dr. Hans-Alois Dresel (CSO) jeweils mit Wirkung zum 1.4.2007 zu Vorstandsmitgliedern bestellt. Herr Dr. Müller wurde zum Vorstandsvorsitzenden ernannt.

Designated Sponsor

Seit 1.4.2007 betreut die Tradegate AG die november AG-Aktie im Xetra-Handel, womit eine fortlaufende Notierung wieder gewährleistet ist. Von Mitte Februar 2007 bis Ende März 2007 wurden für die november-Aktie mangels Designated Sponsors im Xetra-Handel täglich lediglich Kassakurse ermittelt.

Ausblick 2007

Voraussichtliche Branchenentwicklung und Entwicklung ihres Umfeldes

Die Deutsche Biotechnologie hat sich bereits seit 2003 auf einen längeren Konsolidierungskurs begeben. Auch wenn sich die positiven Anzeichen gerade im vergangenen Jahr mehren, so ist leider noch nicht davon auszugehen, dass die Branche in Gänze wieder auf Wachstumskurs ist. Zwar haben sich im Jahr 2006 die Umsätze branchenweit steigern lassen, jedoch stagnieren die Anzahl der Beschäftigten und die Investitionen für Forschung und Entwicklung. Mit Blick auf die USA, wo sowohl der Konsolidierungsprozess als auch der erneute Wachstumsprozess bereits Jahre vorher stattgefunden hat, wird der Ausblick für die gesamte Branche immer positiver.

Voraussichtliche Entwicklung der november AG

Erfolgreiche Umsetzung des Insolvenzplanverfahrens als Voraussetzung für die Weiterführung der november AG

Die zukünftige Entwicklung der november AG ist von mehreren Parametern abhängig, welche die november AG nicht unmittelbar beeinflussen kann. Eine wesentliche Voraussetzung für die zukünftige Unternehmensfortführung, nämlich die Zustimmung der Gläubigerversammlungen der november AG und ihrer Tochtergesellschaften identif GmbH und directif GmbH, konnte bereits geschaffen werden. Die Gläubigerversammlungen stimmten den vorgelegten Insolvenzplänen am 12.3.2007 zu, worauf hin das Insolvenzgericht diese ebenfalls bestätigte. Lediglich ein Widerspruch zum Insolvenzplan der november AG verhinderte eine umgehende Verfahrensaufhebung. Dieser Widerspruch wurde Ende April 2007 zurückgenommen, woraufhin die Insolvenz mit Beschluss des Amtsgerichts -Insolvenzgericht- vom 30.4.2007 aufgehoben wurde.

Die Durchführung des Insolvenzplanes ist eine wesentliche Grundlage für die Weiterführung der november AG und bietet damit auch den Aktionären eine Zukunftsperspektive. Damit ist die Grundlage für die Umsetzung eines umfassenden Restrukturierungskonzepts geschaffen. Jedoch bedarf das angestrebte Restrukturierungskonzept in Teilen der Zustimmung der zuständigen Organe der november AG. Diese zustimmungspflichtigen Restrukturierungsmaßnahmen werden der Hauptversammlung, welche am 22./23. Mai. 2007 stattfindet, zur Beschlussfassung vorgelegt. Die bereits veröffentlichte Tagesordnung zur vorgenannten Hauptversammlung sieht neben mehreren Satzungsänderungen unter anderem eine Herabsetzung des Grundkapitals nach den Vorschriften über die vereinfachte Kapitalherabsetzung sowie die Beschlussfassung über die Erhöhung des Grundkapitals gegen Sacheinlage unter Bezugsrechtsausschluss vor. Gegenstand der Sacheinlage sind jeweils 100% der Geschäftsanteile an der IBL Gesellschaft für Immunchemie und Immunbiologie mbH, Hamburg, und der PROGEN Biotechnik Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Heidelberg. Falls die Zustimmung zum angestrebten Restrukturierungskonzept und den damit verbundenen Maßnahmen durch die zuständigen Organe der Gesellschaft nicht erteilt wird, ist davon auszugehen, dass die Gesellschaft nach einer Aufhebung des Insolvenzverfahrens erneut in eine insolvenzrechtlich relevante Notlage gerät.

Kann der Insolvenzplan, trotz Zustimmung durch die Gläubigerversammlung und Bestätigung durch das Insolvenzgericht, aufgrund fehlender Genehmigung der erforderlichen Maßnahmen durch die Hauptversammlung nicht durchgeführt werden, so kommt es mit einer hohen Wahrscheinlichkeit erneut zu einem regulären Insolvenzverfahren. In diesem Fall ist davon auszugehen, dass der Geschäftsbetrieb der november AG dauerhaft nicht fortgeführt werden kann und vom Insolvenzverwalter unverzüglich eingestellt wird. Nach Abwicklung sämtlicher Beteiligungen und Verwertung sonstiger Vermögensgegenstände würde eine Auskehr an die Gläubiger erfolgen und zwar in der Höhe, um die der Zerschlagungserlös die Insolvenzkosten sowie die Masseverbindlichkeiten übersteigt. Von einer Regelabwicklung, d.h. einer Einzelzerschlagung, muss in diesem Fall ausgegangen werden, weil nach derzeitigem Kenntnisstand kein Übernahmeinteressent für eine „übertragene Sanierung“, d.h. die Gesamtveräußerung des Unternehmens im Wege eines Kaufvertrages über die Vermögenswerte, für den Geschäftsbetrieb der Muttergesellschaft zur Verfügung steht. Bei einer Zerschlagung der Muttergesellschaft ist davon auszugehen, dass die

november AG untergeht und anschließend aus dem Handelsregister gelöscht wird. Somit würden auch die Aktien wertlos.

Zielmärkte und –kunden

Der von der **identif GmbH** adressierte Bereich „Produktschutzlösungen“ ist nicht auf einzelne Branchen beschränkt, sondern es tauchen vielmehr täglich neue gefälschte Produkte in den unterschiedlichsten Märkten auf. Die Einsatzbereiche der identif-Produkte erstrecken sich dabei bspw. auf Luxusartikel, Kunstwerke, Schmuck, Banknoten und wichtige Dokumente bis hin zu sicherheitsrelevanten Ersatzteilen (bspw. in der Schwerindustrie und/oder Luft- und Raumfahrt) sowie Verbrauchsgütern, um nur einige Beispiele zu nennen. Entscheidend ist daher die Positionierung im Vergleich zu den Wettbewerbern. Da der Markt an Anbietern von Produktschutzlösungen sehr groß und insbesondere, was die angebotenen Sicherheitsstandards angeht, sehr heterogen ist, erfordert es höchste Anstrengungen, die eigenen Produktmerkmale und –vorteile klar herauszustellen. Bei einer Weiterführung der identif GmbH wird dies die vorrangig zu lösende Aufgabe sein, um das Fortbestehen der Gesellschaft zu sichern.

Das von der **directif GmbH** bis zum Prototypenstadium entwickelte weltweit erste System zur laborunabhängigen Nukleinsäure-Analytik wird bezüglich seiner Konzeptionierung und in dem bis zur Markteinführung noch erforderlichen Finanzierungsumfang zu überprüfen und gegebenenfalls zu modifizieren sein.

Die **PEQLAB Biotechnologie GmbH** hat sich in einem schwierigen Marktumfeld in den vergangenen Jahren stabil positiv entwickelt und ihre Strategie, für welches das hoch spezialisierte und qualifizierte Vertriebsteam maßgeblich ist, erfolgreich umgesetzt. Im Jahr 2007 wird sie sich weiter auf Umsatz- und Gewinnerhöhung konzentrieren, wobei insbesondere auch Märkte außerhalb Deutschlands und Österreichs zunehmend adressiert werden. Ein weiterhin zweistelliges Wachstum in dem hart umkämpften Markt der Labordiagnostika bleibt das Ziel, welches wie auch schon in den vergangenen Jahren durch eine stetige, optimale Ausrichtung des Produktsortiments, insbesondere im Hinblick auf innovative Produkte aus den Bereichen Labortechnik, PCR-Reagenzien und Produkte für die DNA/RNA-Isolation gewährleistet werden soll.

Ertrags- und Finanzlage

Im november AG-Verbund ist die PEQLAB Biotechnologie GmbH die einzige Gesellschaft, die selbständig tragfähig und von der Insolvenz der Muttergesellschaft nicht unmittelbar betroffen ist. Die november AG sowie ihre Tochtergesellschaften identif GmbH und directif GmbH werden ohne die Zuführung von Eigenkapital und weiterer Liquidität nicht in der Lage sein, die Überschuldung nachhaltig zu beseitigen und die Zahlungsfähigkeit dauerhaft wieder herzustellen, da aus der operativen Tätigkeit kurzfristig keine signifikanten Rückflüsse erzielt werden können.

Bevor die Zuführung von Eigenkapital erfolgen kann, musste zunächst die Insolvenz bei den betroffenen Gesellschaften beseitigt werden, was mittels Durchführung eines Insolvenzplanverfahrens bereits erreicht wurde, sowie die zustimmungspflichtigen Restrukturierungsmaßnahmen noch durch

die Hauptversammlung der Gesellschaft mehrheitlich beschlossen werden. Wenngleich die Zustimmung der Gläubigerversammlungen zu den Insolvenzplänen vorliegt und diese auch vom Insolvenzgericht bestätigt wurden, so ist insbesondere die Zustimmung der Hauptversammlung zu den vorgelegten Hauptversammlungsbeschlüssen eine zentrale Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung des geplanten Restrukturierungskonzepts. Die Verweigerung der Zustimmung durch die Hauptversammlung mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit hätte wohl unausweichlich erneut die Insolvenz der november AG und ihrer insolventen Tochtergesellschaften und gegebenenfalls die Liquidation derselben zur Folge.

Chancen und Risiken

Schnittstellenfunktion der Bio- und Nanotechnologie

Die Bio- und Nanotechnologie birgt aufgrund ihrer Schnittstellenfunktion zwischen der klassischen Pharmabranche, der klassischen Diagnostik und der klassischen Forschung enorme Potenziale für die Zukunft. Diesen Chancen stehen jedoch auch wesentliche spezifische Risiken der Branche gegenüber. Die Strategie der november AG, um diese Risiken zu minimieren, basierte bislang darauf, Produkte/Entwicklungen unterschiedlichen Reifegrades zu bearbeiten. Das heterogene Produktportfolio bestehend aus Bio- und Nanotechnologie diente bei der november AG einer beabsichtigten Risikostreuung. Jedoch verlangt dieses Prinzip nach einer konsequenten Erreichung der Unternehmensplanungen. Dies betrifft sowohl die Kostenseite, aber vor allem auch die Erlösseite. Außerdem sind Entwicklungs- und Markteinführungszeiten einzuhalten sowie die geplanten Marktdurchdringungsziele umzusetzen. Zeitliche Verzögerungen und der Nichteintritt von Prognosen führten bei der november AG dazu, dass diese Ausrichtung nicht mehr finanzierbar war.

Planungsrisiken

Die Bio- und Nanotechnologie ist eine bedeutende Zukunftsbranche, die außerordentliches Ertragspotential in sich birgt. Nichts desto trotz handelt es sich nach wie vor um ein Geschäftsfeld, welches hohe Risiken beinhaltet. Diese Risiken betreffen sowohl die Forschungs- und Entwicklungsseite wie auch die Finanzierungsseite.

Den Umsatz- und Entwicklungszielen des Konzerns liegen naturgemäß Annahmen zugrunde, auf die zum Teil kein oder nur in geringem Umfang Einfluss genommen werden kann. Ändern sich jedoch die Prämissen, so müssen diese Erwartungen dementsprechend realistisch angepasst werden. Eine umfassende revidierte Unternehmensplanung wird der wesentlichste Bestandteil des geplanten Restrukturierungskonzepts sein.

Für viele Firmen bedeutet die Insolvenz das unweigerliche „Aus“ und die Zerschlagung, wobei der Aktionär der Gesellschaft als Eigenkapitalgeber in den meisten Fällen keinen Erlös realisieren kann. Ferner ist es eher die Ausnahme, dass eine Gesellschaft mit der Struktur der november AG einen Interessenten für die gesamte Organisation findet, der auch an einer Weiterführung interessiert ist, insbesondere dann, wenn die Konzerngesellschaften sehr unterschiedliche Ausrichtungen verfolgen.

Im Rahmen eines Insolvenzplanverfahrens wurde mit den Gläubigern eine tragfähige Regelung gefunden, welche es ermöglicht auch die november-Aktionäre am angestrebten Sanierungsprozess teilhaben zu lassen. Welche Chancen und Risiken sich dabei ergeben, im Allgemeinen wie im Speziellen, entnehmen Sie bitten den nachfolgenden Ausführungen.

Mögliche Weiterführung der Unternehmensgruppe mittels Insolvenzplanverfahren

Nach Gesprächen und Verhandlungen mit mehreren Investoren, welche sich größtenteils jeweils auf eine Tochtergesellschaft bzw. Technologie bezogen, fand der Insolvenzverwalter in der BIOMED Gruppe einen Investor, der an der Fortführung des bestehenden Unternehmensverbundes interessiert ist. Darüber hinaus stellt sich das von der BIOMED Gruppe vorgestellte Konzept als das tragfähigste, wie auch in Bezug auf die Gläubigerbefriedigung als die attraktivste Lösung heraus. Wesentlicher Bestandteil dieses Konzeptes ist die erfolgreiche Durchführung eines Insolvenzplanverfahrens. Die Zustimmung hierfür wurde durch die Gläubigerversammlung erteilt. Eine Bewertung der zukünftigen Chancen des vorgelegten Konzeptes ist erst nach positiver Beschlussfassung durch die Hauptversammlung bezüglich der für die Sanierung relevanten Maßnahmen möglich. Der Vorstand sieht jedoch in dem vorliegenden Restrukturierungskonzept die einzige Möglichkeit, neben der bestmöglichen Gläubigerbefriedigung auch den november-Aktionären eine Perspektive für die Zukunft zu bieten.

Risikomanagementsystem

Die november AG hat zur Kontrolle, Steuerung und Abwehr der Unternehmensrisiken gemäß den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) bereits im Jahr 1999 ein unternehmensweites, strukturiertes Risikomanagementsystem implementiert. Dieses System wird durch die Arbeit des Aufsichtsrats, die durch Offenheit und Transparenz gekennzeichnete Kommunikation mit der Öffentlichkeit sowie eine Unternehmensführung ergänzt, die den Maßgaben des Corporate Governance Kodex entspricht und nur in wenigen begründeten Fällen davon abweicht.

Basis der Risikobetrachtung sind die im Geschäftsplan formulierten Ziele. Ziel ist es, kritische Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, zu analysieren sowie geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten. Das Management soll dadurch in die Lage versetzt werden, durch aktives Handeln möglichen Risiken bereits in der Entstehungsphase gezielt entgegenzuwirken. Der Erfolg ist dabei jedoch von den zur Verfügung stehenden Maßnahmen und deren Wirksamkeit abhängig. Grundvoraussetzung für die Wirksamkeit des Risikomanagementsystem ist ein effizienter Informationsaustausch, den die november AG mit folgenden Maßnahmen sicherstellt:

- Die november AG und ihre Tochtergesellschaften verfügen über ein einheitliches Risikohandbuch, in dem erkennbare und vordefinierte Geschäftsrisiken und entsprechende Risikotoleranzgrenzen definiert sind, deren Erreichen eine Risikomeldung an den Vorstand auslöst. Risk Owner sind bei der november AG im Wesentlichen die erste und zweite Managementebene, die Geschäftsführer der Beteiligungsunternehmen sowie Fachspezialisten im Unternehmen (Sicherheitsbeauftragte, EDV, Qualitätsmanagement, Patentbetreuung).

- Alle wesentlichen Projektentwicklungen innerhalb der Tochtergesellschaften werden dem Management der Muttergesellschaft durch stetigen formellen und informellen Informationsaustausch vermittelt.
- Risikobehaftete Handlungen oder Geschäftsvorfälle werden nicht von einem Mitarbeiter allein durchgeführt. Auch der Vorstand unterwirft sich freiwillig dem Vier-Augen-Prinzip und weicht hiervon nur in unvermeidlichen Ausnahmefällen ab.
- Das Controlling der Gesellschaft basiert in hohem Maße auf mehrjährigen Plänen, in denen die finanzielle Situation der gesamten Unternehmensgruppe reflektiert wird und die revolvierend fortgeschrieben und an veränderte Rahmenbedingungen angepasst werden. Im Rahmen eines strategischen Managementprozesses, an dem unter anderem die Unternehmensleitung der Tochtergesellschaften, die Controller und der Vorstand beteiligt sind, werden monatlich Soll-Ist-Vergleiche durchgeführt und bei wesentlichen Abweichungen zeitnah Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Seit der Insolvenzantragstellung bzw. der Eröffnung der Insolvenzverfahren bei der november AG, der identif GmbH und der directif GmbH waren Handlungen, insbesondere solche, die mit Risiken behaftet waren oder das Vermögen der Gesellschaften berührten, nur mit Zustimmung der Insolvenzverwalter möglich.

Instrumentarium zur Abwehr allgemeiner Unternehmensrisiken

- Allgemeine Risiken wie der Ausfall von Teilen des Managements und wichtiger Mitarbeiter gelten für die november AG ebenso wie für jedes Unternehmen. Diesen Risiken begegnet die november AG durch den Einsatz hochqualifizierter Mitarbeiter sowie durch organisatorische Maßnahmen wie Dokumentations- und Informationspflichten.
- Der Schutz des geistigen Eigentums wird aktiv innerhalb der Gesellschaft betrieben und zusätzlich durch externe Patentanwälte unterstützt. Dies umfasst sowohl das Patent-/Lizenzmanagement als auch die Anmeldung und Verteidigung eigener Schutzansprüche.
- Die november AG schließt Versicherungen zur Risikominderung gegenüber verschiedenen Schadensfällen und Haftungsrisiken ab. Art und Umfang des Schutzes werden kontinuierlich geprüft und bei Bedarf angepasst. Trotz dieser Vorsorgemaßnahmen sind aber Schadensersatzansprüche nicht gänzlich auszuschließen.
- Zur Unterstützung des Risikomanagement-Systems verfügte die november AG sowie ihre Tochtergesellschaften identif GmbH und directif GmbH bislang über nach DIN ISO 9001:2000 zertifizierte Qualitätsmanagement-Systeme. Die Erstellung von Arbeitsanweisungen und standardisierten Arbeitsabläufen stellt sicher, dass Arbeitsschritte einheitlich abgewickelt werden. Die Zertifikatserneuerung ist im laufenden Insolvenzverfahren ausgesetzt.

- EDV-Risiken werden durch stringente Zugriffsbeschränkungen begrenzt.

Allgemeine Marktrisiken der entwickelten Technologien und Produkte

- Das Beteiligungsportfolio der november AG wird aktiv durch den Vorstand gesteuert, indem es regelmäßig einer marktbezogenen Bewertung hinsichtlich Chancen und Risiken unterzogen wird.
- Durch kontinuierliches Screening der relevanten Publikationen und Datenbanken werden Markt- und Technologieentwicklungen frühzeitig erfasst.

Spezifische Risiken, die sich aus dem Geschäftsverlauf ergeben oder im Zusammenhang mit den adressierten Märkten stehen:

- Die november AG beschränkt sich aufgrund ihrer Größe aktuell auf die Entwicklung einzelner Technologien und Komponenten für ihre Produkte. Es besteht daher eine signifikante Abhängigkeit z.B. von Entwicklungs- und Vertriebspartnern.

Dabei bedient sich die november AG zur Umsetzung ihrer Unternehmensziele der Zusammenarbeit mit externen Partnern, sowohl in Bezug auf Vertrieb, Produktion und Produktentwicklung. Durch die Spezialisierung und Erfahrung der Partner können Vorteile bezüglich Zeithorizont und Kosten der Umsetzung erreicht werden. Im Gegenzug verzichtet man bewusst zu einem gewissen Grad auf die Möglichkeit der direkten Einflussnahme und ist damit auf eine effiziente Zuarbeit und Umsetzung beim jeweiligen Partner angewiesen. Damit unterliegt die Gesellschaft dem Risiko auf auftretende Verzögerungen und dergleichen nicht unmittelbar und unabhängig reagieren zu können. Derartige Vertragsbeziehungen erfordern ein hohes Maß an Kommunikation und vertrauensvoller Zusammenarbeit, die, falls sie gestört werden, Entwicklungsrisiken sowie finanzielle Risiken nach sich ziehen können.

Im Zuge des eröffneten Insolvenzverfahrens wurde für mehrere Verträge durch den Insolvenzverwalter der Nichteintritt erklärt, insbesondere bei Verträgen, die der Gesellschaft eine laufende Zahlungsverpflichtung auferlegen.

Die wesentlichsten Verträge werden nachfolgend kurz aufgeführt, wobei separat angegeben ist, falls hierfür der Nichteintritt durch die Insolvenzverwaltung erklärt wurde, wobei dies eine weitere Zusammenarbeit auf einer neuen vertraglichen Basis nach Aufhebung der Insolvenzverfahren nicht ausschließt:

- Die identif GmbH kooperiert im Bereich der Zulieferung ihres sichtbaren Produktschutzsystems mit der Hueck Folien GmbH. Durch die Insolvenzverwaltung wurde der Vertrag gekündigt bzw. der Nichteintritt in den bestehenden Vertrag erklärt.

- Für den Lizenz- und Liefervertrag zwischen der identif GmbH und der DuPont wurde im Rahmen des Insolvenzverfahrens der Nichteintritt in den Vertrag erklärt. Dies war notwendig, da sich die Kooperation in der Vergangenheit als nicht fruchtbar erwiesen hat. Für die identif GmbH besteht damit die Möglichkeit wieder Kunden auf eigene Rechnung zu akquirieren.
- Entwicklungsvertrag der directif GmbH bzgl. des Analysegerätes mit der Firma GBN Systems GmbH (in Kooperation mit der Firma Provenion GmbH). Der Vertrag wurde im Einvernehmen „ruhend“ gestellt.
- Die von der identif GmbH angebotenen Systeme für den Produkt- und Markenschutz sind Investitionsgüter und als solche abhängig von der Investitionsbereitschaft von Unternehmen. Eine negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung könnte sich daher direkt auf den Erfolg der identif GmbH auswirken. Im laufenden Insolvenzverfahren kann die identif GmbH keine Liefergarantien aussprechen, was einen aktiven Vertrieb derzeit erschwert.
- Das Tochterunternehmen PEQLAB Biotechnologie GmbH bezieht einen Teil seiner Vorräte aus dem US-Dollar-Raum. Das daraus resultierende Währungsrisiko wird durch Dollar-Währungsoptionen begrenzt.
- Auf der Basis des am 21.2.2003 mit der responsif GmbH geschlossenen Kauf- und Beteiligungsvertrags hat die november AG der responsif GmbH mehrere unbesicherte Darlehen mit Rangrücktritt gewährt. Inklusive aufgelaufener Zinsen beläuft sich die Forderung auf 4,6 Mio. EUR. Die Rückzahlung der Darlehen hängt in hohem Maße vom wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft bzw. von der kurzfristigen Zuführung von Finanzmittel ab. Die Therapieansätze der Gesellschaft befinden sich noch in der Entwicklungsphase. Darüber hinaus wurde der Gesellschaft eine wesentliche Lizenz für einen Therapieansatz gekündigt, was das Ausfallrisiko für das hingegebene Darlehen zusätzlich erhöht, welches durch die Insolvenzverwaltung gekündigt wurde. Das Darlehen sowie die Zinsforderungen sind derzeit nicht werthaltig. Zwischen der november AG und der responsif GmbH bestanden in der Insolvenz Streitigkeiten bezüglich der Fälligkeit der Forderungen. Außerdem machte die responsif GmbH Schadensersatz gegenüber der november AG geltend. Um die Durchführung des Insolvenzplanverfahrens nicht zu gefährden wurde zwischen dem Insolvenzverwalter der november AG und der responsif GmbH sowie weiteren Beteiligten nach dem Bilanzstichtag ein Vergleich geschlossen. Dieser sieht für das Jahr 2008 unter bestimmten Bedingungen einen Darlehensverzicht vor, wobei der Darlehensverzicht teilweise in Form eines Besserungsscheins kompensiert werden soll.
- Der Gefahr der unwissentlichen Nutzung geschützten fremden geistigen Eigentums wird durch intensive Zusammenarbeit mit mehreren Patentanwaltskanzleien und laufender Patent-recherche begegnet. Gutachten externer Parteien sichern unsere Schutzrechtsposition noch darüber hinaus. Durch den beauftragten Patentanwalt der november AG wurden im laufenden Insolvenzverfahren für einige Schutzrechte die patentanwaltliche Betreuung gekündigt.

Spezielle Risiken im Zusammenhang mit der Durchführung der Sanierung

Das mit dem Investor angestrebte Restrukturierungskonzept bedarf in Teilen der Zustimmung durch die zuständigen Organe der november AG. Falls die Zustimmung hierzu verweigert wird oder gefasste Organbeschlüsse angefochten werden, besteht die Gefahr, dass die Umsetzung des Restrukturierungskonzepts verhindert wird und die Gesellschaft nach einer Aufhebung des Insolvenzverfahrens erneut in insolvenzrechtlich relevante Umstände gelangt.

Weitere Risiken

Unwägbarkeiten oder Einflüsse, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, wurden in diesem Lagebericht in dem Maße beschrieben, soweit sie dem Vorstand derzeit zur Kenntnis gelangt bzw. erkennbar sind. Eine Beurteilung der Zukunftsaussichten bzw. eine gesicherte Prognose ist aufgrund der noch zu treffenden, und teilweise zustimmungspflichtigen Beschlüsse der Hauptversammlung der Gesellschaft zur Zeit nicht möglich.

Erlangen, im Mai 2007

Dr. Claus Müller
Vorstandsvorsitzender
CEO

Jürgen Haegele
Finanzvorstand
CFO

Prof. Dr. Dr. Hans-Alois Dresel
Vorstand Forschung & Entwicklung
CSO

2. Bilanz zum 31. Dezember 2006

november Aktiengesellschaft, Erlangen
Bilanz zum 31. Dezember 2006

AKTIVSEITE

	31.12.2006		30.11.2006
	EUR	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.221,00		1.266,00
		1.221,00	1.266,00
II. Sachanlagen			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	36.309,34		37.522,00
		36.309,34	37.522,00
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	236.080,00		236.080,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	283.766,98		283.766,98
3. Beteiligungen	70.845,88		59.845,88
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	15.000,00		15.000,00
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	25.000,00		25.000,00
		630.692,86	619.692,86
		668.223,20	658.480,86
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00		11.311,27
2. Sonstige Vermögensgegenstände	155.682,34		131.681,09
		155.682,34	142.992,36
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten			
		214.580,54	380.822,02
		370.262,88	523.814,38
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
		16.755,52	25.180,11
D. NICHT DURCH EIGENKAPITAL GEDECKTER FEHLBETRAG			
		4.877.845,45	4.414.875,73
		5.933.087,05	5.622.351,08

november Aktiengesellschaft, Erlangen
Bilanz zum 31. Dezember 2006

PASSIVSEITE

	31.12.2006		30.11.2006
	EUR	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		7.508.320,00	7.508.320,00
II. Kapitalrücklage		43.563.745,47	43.563.745,47
III. Bilanzverlust		(55.949.910,92)	(55.486.941,20)
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		4.877.845,45	4.414.875,73
		0,00	0,00
B. RÜCKSTELLUNGEN			
Sonstige Rückstellungen	3.816.100,00		3.635.636,92
		3.816.100,00	3.635.636,92
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	139.871,82		132.352,73
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	200.958,70		244.082,79
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.400.149,92		1.406.532,29
4. Sonstige Verbindlichkeiten	376.006,61		203.746,35
- davon aus Steuern: EUR 45.330,61 (Vj.: EUR 37.458,49)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 47.829,36 (Vj.: EUR 47.930,49)			
		2.116.987,05	1.986.714,16
		5.933.087,05	5.622.351,08

-
-
3. Gewinn- und Verlustrechnung für das Rumpfgeschäftsjahr vom
1. Dezember 2006 bis 31. Dezember 2006

november Aktiengesellschaft, Erlangen
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Dezember 2006 bis 31. Dezember 2006

	Rumpf- geschäftsjahr 01.12. - 31.12.2006	Rumpf- geschäftsjahr 01.01. - 30.11.2006
EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	57.636,83	1.047.119,82
2. Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen	<u>(57.636,83)</u>	<u>(1.047.119,82)</u>
3. Bruttoergebnis vom Umsatz		0,00
4. Forschungs- und Entwicklungskosten	(2.846,15)	(93.187,61)
5. allgemeine Verwaltungskosten	(190.478,82)	(1.091.584,53)
6. sonstige betriebliche Erträge	51.520,07	399.155,18
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>(111.018,88)</u>	<u>(3.629.011,18)</u>
		(252.823,78)
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16.096,04	250.168,42
- davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 827,65 (Vj.: EUR 11.311,27)		
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	(5.486.600,70)
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(823,42)	(10.645,52)
- davon an verbundene Unternehmen: EUR 0,00 (Vj.: EUR 0,00)		
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	(191.391,10)	(3.896.195,38)
12. sonstige finanzielle Aufwendungen	<u>(34.027,46)</u>	<u>(456.900,15)</u>
13. Finanzergebnis		(210.145,94)
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		(462.969,72)
15. sonstige Steuern	<u>0,00</u>	<u>0,83</u>
		0,00
16. Jahresfehlbetrag		(462.969,72)
17. Verlustvortrag		<u>(55.486.941,20)</u>
18. Bilanzverlust		<u>(55.949.910,92)</u>

4. Anhang für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Dezember 2006 bis 31. Dezember 2006

november AG

ANHANG für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1.12.-31.12.2006

Aufgrund der Insolvenzeröffnung der november AG zum 01.12.2006 endet das Geschäftsjahr 2006 gemäß § 155 Abs. 2 InsO am 30.11.2006. Die Aufstellung des Jahresabschlusses der november AG erfolgte zum Stichtag 30.11.2006. § 27 der Satzung der november AG sieht vor, dass das Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr übereinstimmt. Daher hat die november AG einen Jahresabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1.12.-31.12.2006 erstellt. Die Angabe von Vorjahreswerten bezieht sich jeweils auf die Angabe zum 30.11.2006 bzw. auf die Periode vom 1.1.-30.11.2006. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass eine unmittelbare Vergleichbarkeit der Werte nicht gegeben ist. Auf prozentuale Abweichungsangaben zwischen den Werten wird daher weitestgehend verzichtet.

Das Unternehmen

Die november AG mit Sitz in Erlangen wurde am 26.11.1996 gegründet und ist beim Amtsgericht Fürth (Bay.) unter HR B 6565 eingetragen. Die Gesellschaft ist seit dem Börsengang am 10.04.2000 an der Frankfurter Wertpapierbörse notiert und seit dem 01.01.2003 dem Segment „Prime Standard“ der Frankfurter Wertpapierbörse zugeordnet. Der Vorstand der Gesellschaft stellte am 26.09.2006 Insolvenzantrag beim zuständigen Amtsgericht wegen Überschuldung und drohender Zahlungsunfähigkeit. Das Insolvenzverfahren wurde am 01.12.2006 eröffnet. Zum Insolvenzverwalter der Gesellschaft wurde Herr Volker Böhm, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht bestellt. Dieser war bereits im Vorverfahren als vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt worden.

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Vermarktung von molekularbiologischen Analyse- und Therapiemethoden sowie medizinischer und nichtmedizinischer Maßnahmen und Vorrichtungen, soweit öffentlich-rechtliche Erfordernisse nicht entgegenstehen. Des weiteren ist Gegenstand des Unternehmens auch die Durchführung entsprechender Analysen auf dem Gebiet der human- und veterinärmedizinischen Diagnostik und der Umweltanalyse, soweit hiervon der technische Vorgang und nicht der diagnostische Teil, der unter den Arztvorbehalt fällt, umfasst wird sowie die Beratung und Durchführung von Forschungsaufträgen auf diesen Gebieten, soweit diese Beratungen innerhalb der Fachkreise erfolgen und sich nicht auf die Beratungen von Patienten beziehen.

Gegenstand des Unternehmens ist auch die Gründung, der Erwerb, die Veräußerung, das Halten und Verwalten von Beteiligungen an Unternehmen, die insbesondere in den zuvor genannten Geschäftsbereichen tätig sind, deren Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung sowie die Beratung von Unternehmen sowie der Erwerb, die Veräußerung, Nutzung und Verwaltung von Schutzrechten aller Art sowie Finanzgeschäfte, soweit es hierfür keiner gesonderten behördlichen oder gesetzlichen Erlaubnis bedarf.

Die Gesellschaft ist berechtigt, ihre Geschäftstätigkeit auch durch Tochter-, Beteiligungs- und Gemeinschaftsunternehmen auszuüben sowie Unternehmens- und Kooperationsverträge mit anderen Gesellschaften abzuschließen. Die Gesellschaft ist zur Errichtung von Niederlassungen im In- und Ausland berechtigt.

Ferner ist die Gesellschaft berechtigt, alle Geschäfte zu betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind, soweit sie hierfür keiner gesonderten behördlichen oder gesetzlichen Erlaubnis bedarf.

1. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS

Der Jahresabschluss zum 31.12.2006 der november AG, Erlangen, wurde auf der Grundlage der Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt. Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des Aktiengesetzes zu beachten. Die gesetzlichen Gliederungsschemata der §§ 266 bzw. 275 HGB wurden befolgt. Aufgrund des eröffneten Insolvenzverfahrens und dem Wegfall der Going-Concern-Prämisse waren die Vermögenswerte der Gesellschaft, wie schon im Vorjahresabschluss, unter Liquidationsgesichtspunkten zu bewerten. Mit Beschluss des Amtsgerichts Fürth -Insolvenzgericht- vom 30.4.2007 wurde das Insolvenzverfahren über das Vermögen der november AG nach rechtskräftiger Bestätigung des Insolvenzplans aufgehoben. Die mittelfristig notwendige Liquidität wird jedoch erst nach vollständiger Umsetzung des Sanierungskonzeptes sichergestellt sein. Die hierfür notwendigen Voraussetzungen sind zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Jahresabschlusses noch nicht vollumfänglich erfüllt, u.a. die Zustimmung der Hauptversammlung zu notwendigen Satzungsänderungen, weshalb die Going-Concern-Prämisse noch nicht wieder angenommen werden kann. Die Aufstellung erfolgte daher unverändert unter Liquidationsgesichtspunkten

Die Gesellschaft ist aufgrund der Notierung ihrer Aktien im Segment „Prime Standard“ der deutschen Börse als große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB einzuordnen.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Umsatzkostenverfahren gewählt.

Die november AG hat neben dem Jahresabschluss einen Konzernabschluss nach den IFRS-Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt.

Die Darstellung der einzelnen Posten in der Bilanz und GuV wurde, soweit zulässig, zum Vorjahr grundsätzlich unverändert beibehalten.

2. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Darüber hinaus wurden bereits im Vorjahresabschluss Abschreibungen auf einen voraussichtlich realisierbaren Liquidationswert vorgenommen. Soweit erforderlich wurden im vorliegenden Abschluss weitere Anpassungen vorgenommen.

Die planmäßigen Abschreibungen werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer linear vorgenommen. Bei unterjährigen Zugängen erfolgt die Abschreibung zeitanteilig. Geringwertige Anlagegüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Im Rumpfgeschäftsjahr vom 1.12.-31.12.2006 sind Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter in Höhe von TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 3) vorgenommen worden.

Das Finanzanlagevermögen wird zu Anschaffungskosten oder bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zu seinem niedrigeren beizulegenden Wert bzw. Liquidationswert bilanziert.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert oder ihrem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Rückstellungen sind in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme dotiert.

Die Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag passiviert.

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze wurden, soweit zulässig, grundsätzlich unverändert beibehalten. Soweit die Going-Concern-Prämisse (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB), auf Grund der Eröffnung des Insolvenzverfahrens keine Anwendung mehr findet, wurden die Vermögensgegenstände im vorliegenden Jahresabschluss zu Liquidationswerten unter Berücksichtigung des Anschaffungskostenprinzips angesetzt.

3. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Anlagevermögen

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens wird im Einzelnen im Anlagespiegel dargestellt, der diesem Anhang als Anlage beigelegt ist.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei der Position handelt es sich um erworbene Patentanmeldungen und ähnliche Rechte sowie Software. Die erworbenen Patente sind zum 31.12.2006 mit TEUR 0 abgesetzt (Vorjahr: TEUR 0). Die erworbene Software steht noch mit TEUR 1 (Vorjahr: TEUR 1) zu Buche und wurde nahezu vollständig im Vorjahr erworben.

Mit Kaufvertrag vom 9./11.3.1998 erwarb die november AG mehrere Schutzrechte und Schutzrechtsanmeldungen von Herrn Dr. Bertling zu einem Kaufpreis von 57.661,36 EUR netto. Der Restbuchwert wurde im Vorjahr vollständig abgeschrieben, da die november AG über die meisten seinerzeit gekauften Schutzrechte nicht mehr verfügungsberechtigt ist (Verkauf an responsif GmbH und ZAFENA AB) und den verbliebenen Schutzrechten mangels Kaufinteressenten kein Liquidationswert beizumessen ist.

Sachanlagen

Im Rumpfgeschäftsjahr vom 1.12.-31.12.2006 investierte die november AG TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 85; davon TEUR 75 in Büroeinrichtung und sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung) in das Sachanlagevermögen. Das Sachanlagevermögen wurde aufgrund des vorliegenden Bewertungsgutachtens der Karner & Co. GmbH zu Liquidationswerten bilanziert. Die gemäß § 253 Abs. 2 S. 3 HGB vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen wurden bereits im Vorjahr vollständig im sonstigen betrieblichen Aufwand erfasst.

Finanzanlagen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der november AG setzen sich zum 31.12.2006 wie folgt zusammen:

Name, Sitz	Höhe des Anteils am Kapital %	Eigenkapital 31.12.2006 TEUR	Ergebnis 1.12.-31.12.2006 TEUR
directif GmbH, Erlangen	100,00	-317*)	-83 **)
identif GmbH, Erlangen	95,00	-359*)	-108**)
PEQLAB Biotechnologie GmbH, Erlangen	50,94	1.033	41
ACGT ProGenomics AG i.l., Halle ***)	23,88		
ZAFENA AB, Borensberg, Schweden ***)	22,40		
Attophotonics/Biosciences GmbH, Wien, Österreich ***)	10,00		

*) Das negative Eigenkapital resultiert aus den Abschlussbuchungen zur Insolvenzeröffnung am 30.11.2006. Hier wurden nach erfolgter Verlustübernahme durch die november AG zum 30.11.2006 die sich daraus ergebenden Forderungen der Töchter gegenüber der Muttergesellschaft auf die im Insolvenzplanverfahren der november AG zu erwartende Insolvenzquote wertberichtigt.

***) Da noch nicht sicher ist, inwieweit die Ansprüche der Tochtergesellschaften identif GmbH und directif GmbH aus Verlustübernahme durchgesetzt werden, wird das Ergebnis für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1.12.-31.12.2006 vor Verlustübernahme durch die november AG angegeben.

***) Für die Gesellschaften lagen zum 31.12.2006 keine Abschlusszahlen vor.

Die november AG gründete 2003 die **identif GmbH** und die **directif GmbH** mit einer Stammeinlage von jeweils 25.000 EUR in bar. Mit Einbringungsverträgen vom 19.12.2003 wurden die Geschäftsbereiche identif Technologies und directif Diagnostic Solutions in diese GmbHs ausgegründet. Die Zustimmung zu den Ausgründungsverträgen und den Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträgen wurde von der Hauptversammlung im Mai 2004 erteilt. Diese Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge sind nicht gekündigt worden und sollen aufrecht erhalten werden, da der Unternehmensverbund unter Berücksichtigung der geplanten Restrukturierungsmaßnahmen in seiner jetzigen Struktur fortgeführt werden soll. Bereits Ende 2003 wurde das Stammkapital beider Tochtergesellschaften jeweils gegen Sacheinlagen erhöht. Die

Eintragungen der Sachkapitalerhöhungen in das Handelsregister erfolgten am 26.3.2004. In beiden Fällen war die november AG als Muttergesellschaft zum 31.12.2004 alleinige Inhaberin des GmbH-Geschäftsanteils.

Mit Vertrag vom 28. Dezember 2004 erwarb die Firma DuPont de Nemours (P&IP) mit Wirkung zum 1. Januar 2005 von der november AG eine Minderheitsbeteiligung an der identif GmbH in Höhe von 5 Prozent mit einer Option auf weitere 5 Prozent. Die Option wurde bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausgeübt.

Die **PEQLAB Biotechnologie GmbH** wurde mit notariellem Vertrag vom 15.12.2000 per Sacheinlage im Wege der Einbringung der GmbH-Anteile gegen Ausgabe neuer Aktien erworben. Dieser Vertrag sieht ferner vor, dass den Mitgesellchaftern im Jahr 2006 ein Andienungsrecht ihrer Anteile an die november AG zusteht. Ebenso hat die november AG gem. diesem Vertrag im Jahr 2006 ein Optionsrecht, durch welches die Mitgesellchafter gezwungen werden können, ihre Geschäftsanteile an die november AG zu verkaufen. Die zu zahlenden Beträge sind vertraglich festgelegt. Die Mitgesellchafter haben gegenüber dem Insolvenzverwalter der november AG im Dezember 2006 ihr Andienungsrecht ausgeübt. Da dieses durch den Insolvenzverwalter zur Zeit nicht bedient werden kann, haben die Gesellchafter die hieraus resultierenden Schadensersatzforderungen in Höhe von TEUR 1.473 zur Insolvenztabelle angemeldet. Ferner ist in der Satzung der PEQLAB Biotechnologie GmbH eine sogenannte „Buchwertklausel“ im Falle der Einziehung verankert. Diese Klausel sieht vor, dass die Anteile eines Gesellchafter unter bestimmten Bedingungen zum Buchwert eingezogen werden können, wenn sich dieser im Insolvenzverfahren befindet. Die Einziehung kann durch die Aufhebung des Insolvenzverfahrens innerhalb einer festgelegten Frist abgewendet werden. Mit den Mitgesellchaftern konnte der Insolvenzverwalter Einigung erzielen, dass diese ihr Einziehungsrecht unter bestimmten festgelegten Bedingungen für einen vereinbarten Zeitraum ruhen lassen und dieses vorläufig nicht geltend machen werden.

Die november AG hat im Jahr 2001 an die **ACGT ProGenomics AG** für ACGT-Aktien in Höhe von ursprünglich 24,95% des Grundkapitals 240.000 november-Aktien aus genehmigtem Kapital zum Ausgabebetrag von EUR 1,00 je Aktie gewährt (Sacheinlage). Die november AG hält zum 31.12.2006 23,88 % der Aktien der ACGT ProGenomics AG. Die Anschaffungskosten der Beteiligung ergeben sich aus dem Nominalwert der abgegebenen november-Aktien. Die Beteiligung wurde zum 31.12.2001 aufgrund der unsicheren Finanzlage der ACGT ProGenomics AG auf EUR 1,00 und zum 31.12.2003 vollständig abgeschrieben. Über das Vermögen der Gesellschaft wurde im September 2006 das Insolvenzverfahren eröffnet, weshalb zum 31.12.2006 eine Wertaufholung nicht in Betracht kommt.

Seit August 2004 ist die november AG mit 22,4% an der schwedischen Biotechnologie- und Pharma-Gesellschaft ZAFENA AB, Borensberg, beteiligt. Die historischen Anschaffungskosten der Beteiligung belaufen sich auf TEUR 60. Eine Wertberichtigung erfolgt nicht, da ein Kaufangebot in mindestens der Höhe des bilanzierten Wertes vorliegt.

Im Mai 2005 erwarb die Gesellschaft einen 5%-Anteil und im Juni 2006 einen weiteren 5%-Geschäftsanteil an der in Wien, Österreich, ansässigen **Attophotonics Biosciences GmbH**. Als Beteiligungsbuchwert wurden die Anschaffungskosten in Höhe von insgesamt TEUR 139 aktiviert. Der Beteiligungsbuchwert wurde zum 30.11.2006 vollständig wertberichtigt, da die Realisierung eines Liquidationserlöses nicht wahrscheinlich erschien. Zum 31.12.2006 liegt ein Kaufangebot eines

Mitgeschäfters der Attophotonics Biosciences GmbH vor. Es erfolgte daher eine Zuschreibung in Höhe des zu erwartenden Kaufpreises in Höhe von TEUR 11. Der Kaufvertrag umfasst dabei auch eine vollumfängliche gegenseitige Aufhebung weiterer wechselseitiger Forderungen/Verbindlichkeiten.

Die **Ausleihungen an verbundene Unternehmen** betreffen den noch ausstehenden Betrag in Höhe TEUR 283 aus einem im Geschäftsjahr 2001 an die PEQLAB Biotechnologie GmbH gewährten Betriebsmitteldarlehen. Das Darlehen ist in voller Höhe als werthaltig einzustufen.

Bei den **Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis** besteht, handelt es sich um ein im Geschäftsjahr 2000 an die ACGT ProGenomics AG ausgereichtes Darlehen. Zum Bilanzstichtag 31.12.2001 wurde die Forderung vollständig wertberichtigt. Das Darlehen ist mit einem Rangrücktritt versehen. Die im Geschäftsjahr 2006 aufgelaufenen Zinsen wurden aktiviert und wie schon in den Vorjahren vollständig wertberichtigt. Die Darlehensforderung ist durch eine selbstschuldnerische Bürgschaft des ACGT-Vorstandes besichert, jedoch ist diese zum gegenwärtigen Zeitpunkt als nicht werthaltig einzustufen.

In den **sonstigen Ausleihungen** waren mehrere in den Jahren 2003 bis 2006 an die responsif GmbH ausgereichte Darlehen in Höhe von insgesamt 4,2 Mio. EUR zum 31.12.2006 enthalten mit einer Laufzeit von bis zu 10 Jahren. Die Darlehen sind mit einem Rangrücktritt versehen. Die november AG besitzt die einseitige Option, die Darlehen in Geschäftsanteile der responsif GmbH zu wandeln. Diese Option wurde bis zum 31.12.2006 nicht ausgeübt. Derzeit besteht keine Beteiligung an der responsif GmbH. Die Forderung zzgl. gestundeter Zinsen in Höhe von rd. Mio. EUR 0,4 wurde zum 30.11.2006 vollständig wertberichtigt. Außerdem wurde das Darlehen mit Zustimmung des Insolvenzverwalters aus wichtigem Grund gekündigt. Von einer Rückführung des Darlehens durch die Darlehensnehmerin kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ausgegangen werden. Hinsichtlich des Darlehens wurde zwischenzeitlich eine Vereinbarung geschlossen, welche vorsieht, dass unter bestimmten Bedingungen im Jahr 2008 auf das Darlehen verzichtet wird, wobei der Darlehensverzicht teilweise durch einen Besserungsschein kompensiert werden soll.

Umlaufvermögen

Forderungen aus verbundenen Unternehmen

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen wurden, soweit zulässig, mit den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen saldiert. Der zum 30.11.2006 verbleibende Betrag in Höhe von TEUR 11 resultierte aus Zinsforderungen gegenüber der PEQLAB Biotechnologie GmbH.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenständen sind in voller Höhe innerhalb eines Jahres fällig und setzen sich überwiegend aus Steuerabschlägen, Umsatzsteuerforderungen und Insolvenzgeldforderungen gegenüber der Bundesagentur für Arbeit zusammen.

Eigenkapital

Grundkapital

Zum 31.12.2006 beträgt das Grundkapital EUR 7.508.320,00 (30.11.2006: EUR 7.508.320) und ist in 7.508.320 (30.11.2006: 7.508.320) nennwertlose auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt. Im Vergleich zum 30.11.2006 hat sich das Grundkapital nicht verändert.

Kapitalrücklage

In die Kapitalrücklage sind zum 31.12.2006 EUR 43.563.745,47 EUR (30.11.2006: EUR 43.563.745,47) eingestellt. Im Vergleich zum 30.11.2006 hat sich die Kapitalrücklage nicht verändert.

Die Hauptversammlung der Gesellschaft beschloss im Mai 2004 über eine Neustrukturierung des genehmigten und bedingten Kapitals. Die erteilten Ermächtigungen stellen sich zum 31.12.2006 wie folgt dar:

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 21. Mai 2009 durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen um bis zu EUR 3.734.160,00 zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Die neuen Aktien können auch an Arbeitnehmer der Gesellschaft und der mit ihr verbundenen Unternehmen ausgegeben werden. Der Vorstand entscheidet mit Zustimmung des Aufsichtsrats über einen Bezugsrechtsausschluss.

Ferner kann das Bezugsrecht vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats, unter Einhaltung der satzungsmäßigen Bedingungen, für eine Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen für einen Betrag von bis zu EUR 746.832,00 ausgeschlossen werden.

Der Vorstand legt Ausgabebetrag und –bedingungen fest und ist mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die weiteren Einzelheiten der Durchführung der

Kapitalerhöhung festzulegen und die Satzung entsprechend dem Umfang der Kapitalerhöhung aus genehmigten Kapital anzupassen.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2006 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital nach Berücksichtigung der im Vorjahr durchgeführten Sachkapitalerhöhung in Höhe vom TEUR 40, noch um insgesamt bis zu EUR 3.694.160,00 aus genehmigten Kapital zu erhöhen.

Bedingtes Kapital

Bedingtes Kapital I:

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom Mai 2004 ist das Grundkapital um bis zu EUR 3.600.000,00, eingeteilt in bis zu 3.600.000 auf den Inhaber lautende Aktien, bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandlungs- oder Optionsrechten bzw. die zur Optionsausübung/Wandlung verpflichteten aus Options- oder Wandelanleihen, die von der Gesellschaft oder einer 100%igen unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungsgesellschaft bis zum 20. Mai 2009 ausgegeben werden, von ihren Options- bzw. Wandlungsrechten Gebrauch machen oder ihre Verpflichtung zur Optionsausübung/Wandlung erfüllen und soweit die Ausgabe gegen bar erfolgt. Die neuen Aktien nehmen von Beginn des Geschäftsjahres an, indem sie durch die Ausübung von Wandel- bzw. Optionsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, die weiteren Einzelheiten der Durchführung einer bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

Bedingtes Kapital II:

Ferner ist das Grundkapital um bis zu EUR 134.160,00 eingeteilt in bis zu 134.160 nennwertlose auf den Inhaber lautende Stückaktien bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Erfüllung von Aktienoptionsrechten der im Hauptversammlungsbeschluss genannten Berechtigten (*november Aktienprogramm 2004*). Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, wie die Inhaber von Aktienoptionsrechten diese ausüben und die Gesellschaft die Aktienoptionen nicht im Wege einer Barzahlung erfüllt. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres am Gewinn teil, für das zum Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien noch kein Beschluss der Hauptversammlung über eine Verwendung des Bilanzgewinns gefasst worden ist.

Insgesamt ist das Kapital der november AG zum Bilanzstichtag 31.12.2006 um EUR 3.734.160 bedingt erhöht.

Im Geschäftsjahr 2005 wurden an Vorstand und Belegschaft 134.650 Anrechte auf Aktien ausgegeben. Durch das Ausscheiden von Optionsinhabern aus dem Unternehmen sind diese an die Gesellschaft zurückgefallen. Nach Ablauf des Rumpfwirtschaftsjahres vom 1.12.-31.12.2006 haben alle Inhaber von noch ausübaren Aktienoptionen aus dem „november Aktienprogramm 2004“ auf die Ausübung ihrer Optionsrechte dauerhaft und unwiderruflich verzichtet. Auf die Angabe der Optionsbedingungen wird daher im vorliegenden Abschluss verzichtet, da eine erneute Ausgabe von Aktienoptionen aus dem „november Aktienoptionsprogramm 2004“ nicht vorgesehen ist. Entsprechend wird der Hauptversammlung im Mai 2007 ein Beschlussvorschlag zur Auflösung des bedingten Kapitals vorgelegt.

Bilanzverlust

Der Verlustvortrag beläuft sich zum 31.12.2006 auf EUR -55.486.941,20 (30.11.2006: EUR -41.472.140,56. Nach Einbeziehung des Jahresfehlbetrags für das Rumpfwirtschaftsjahr vom 1.12.-31.12.2006 in Höhe von EUR -462.969,72 (Vorjahr: EUR -14.014.800,64) ergibt sich damit zum 31.12.2006 ein Bilanzverlust in Höhe von EUR -55.949.910,92 (Vorjahr: EUR -55.486.941,20) Damit ist das Eigenkapital aufgezehrt. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag beläuft sich zum 31.12.2006 auf EUR 4.877.845,45 (Vorjahr: EUR 4.414.875,73).

Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen

Entwicklung der Rückstellungen ist wie folgt:

	01.12.2006	Verbrauch	Auflösung/ Umgliederung	Zuführung	31.12.2006
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Personalbereich	34	3	0	0	31
Ausstehende Rechnungen	71	20	0	148	199
Andere Rückstellungen	3.530	0	20	76	3.586
	3.635	23	20	224	3.816

Die Rückstellungen im Personalbereich beinhalten Rückstellungen für Beiträge zur Berufsgenossenschaft, Urlaubsrückstellungen sowie Rückstellungen für variable Vergütungsbestandteile.

Unter den „Anderen Rückstellungen“ sind Rückstellungen für die Prüfung und Veröffentlichung des Jahresabschlusses (TEUR 57), die Erstellung des Geschäftsberichts (TEUR 21), für die Hauptversammlungen, die über die Rumpfgeschäftsjahre 1.1.-30.11.2006 sowie 1.12.-31.12.2006 beschließen (TEUR 120), und für Aufsichtsratsvergütungen (TEUR 88) berücksichtigt. Ferner beinhaltet die Position Rückstellungen für mögliche Schadensersatzforderungen aus Vertragskündigungen (TEUR 2.900) sowie Prozessrisiken (TEUR 400).

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich auf TEUR 139 (Vorjahr: TEUR 132) und sind in voller Höhe innerhalb eines Jahres fällig. Diese resultieren aus Insolvenzgeldvorfinanzierung (TEUR 81; Vorjahr: TEUR 74) sowie aus dem Restsaldo eines KfW-

Darlehens, welcher nach Verrechnung mit hierfür verpfändeten Guthaben noch offen ist (wie Vorjahr TEUR 59).

Übrige Verbindlichkeiten

Nach Saldierung mit den Forderungen gegen verbundene Unternehmen verbleiben im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus noch abzugeltenden Verlustübernahmen aus dem Jahresergebnis 2006 der Tochtergesellschaften, die durch die unterjährig erfolgten Vorauszahlungen noch nicht abgedeckt sind (TEUR 1.400).

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stehen am 31.12.2006 mit TEUR 201 (Vorjahr: TEUR 244) zu Buche.

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten hauptsächlich personalbezogene Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 198 (Vorjahr: TEUR 189) sowie ein von Herrn Dr. Claus Müller gewährtes nachrangiges Darlehen in Höhe von TEUR 150.

Alle übrigen Verbindlichkeiten haben Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr.

4. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse 2006 beinhalten an die Tochtergesellschaften directif GmbH und identif GmbH berechnete Serviceleistungen des Geschäftsjahres 2006. Diese betreffen unter anderem das Gebäudemanagement, Buchhaltung und Controlling, Qualitätsmanagement und Patentkosten und EDV-Leistungen.

Materialaufwand

Bei der november AG sind, wie im Vorjahr, keine Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe angefallen. Da die november AG lediglich Holdingfunktionen ausübt, fällt der Materialverbrauch ausschließlich bei deren operativ tätigen Tochtergesellschaften an.

Personalaufwand

Der Personalaufwand gliedert sich bei Anwendung des Gesamtkostenverfahrens in:

	1.12.-31.12.2006	1.1.-30.11.2006
	TEUR	TEUR
a) Löhne und Gehälter	38	741
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	21	131
- davon für Altersversorgung: TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 2)		
	59	872

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in der Periode vom 1.12.-31.12.2006 in Höhe von TEUR 52 (Vorjahr: TEUR 399) beinhalten hauptsächlich Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, welche in der Vorperiode gebildet worden waren, sowie Erträge aus Überzahlungen/Rechnungsstornos sowie Zuschreibungen auf Finanzanlagen (Attophotonics Biosciences GmbH TEUR 11). Im Vorjahr setzte sich die Position vorrangig aus Serviceleistungen, die für die responsif GmbH erbracht wurden (TEUR 260) sowie aus Erträgen aus der Zuschreibung auf Sachanlagevermögen (TEUR 10) und Finanzanlagen (TEUR 25) zusammen. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 20) enthalten.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (TEUR 125) sind im Berichtszeitraum 1.12.-31.12.2006 überwiegend Aufwendungen im Zusammenhang mit der vorläufigen Insolvenzverwaltung sowie Beträge für den Aufbau von Rückstellungen im Zusammenhang mit der laufenden Insolvenzverwaltung enthalten. Die Position belief sich im Vorjahr auf TEUR 3.629 und beinhaltete u.a. Aufwendungen für weiterverrechnete Leistungen (TEUR 246), außerplanmäßige Abschreibungen auf Einbauten (TEUR 435) und weiteres Sachanlagevermögen (TEUR 11) sowie außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände (TEUR 56). Ferner waren Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Rückstellungsaufbau für Schadensersatzforderungen (TEUR 2.600) und Prozessrisiken (TEUR 242) enthalten.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Von den Zinserträgen stammen TEUR 1 (Vorjahr: TEUR 11) aus verbundenen Unternehmen.

Abschreibungen auf Finanzanlagen

Im Berichtszeitraum 1.12.-31.12.2006 erfolgten keine Abschreibungen auf Finanzanlagen. Im Vorjahr beliefen sich diese auf insgesamt TEUR 5.487 und beinhalteten neben den Abschreibungen auf die Beteiligungsbuchwerte an der identif GmbH (TEUR 531) und directif GmbH (TEUR 306) auch Abschreibungen auf den Beteiligungsbuchwert der Attophotonics Biosciences GmbH sowie Abschreibungen im Zusammenhang mit der responsif GmbH (TEUR 4.504).

5. WEITERE ANGABEN

Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigte auf Vollarbeitszeitbasis im Rumpfgeschäftsjahr im Durchschnitt 13 (Vorjahr: 16) Mitarbeiter. Bei der Berechnung der durchschnittlichen Mitarbeiterzahl wurden die Teilzeitmitarbeiter auf Vollzeitmitarbeiter umgerechnet. In den Mitarbeiterzahlen sind wie im Vorjahr zwei Vorstandsmitglieder enthalten.

Erklärung nach § 285 Nr. 16 HGB i.V.m. § 161 AktG

Die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung wurde abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

Angaben gemäß § 285 Nr. 17 HGB

Die als Aufwand im Rumpfwirtschaftsjahr vom 1.12.-31.12.2006 erfassten Honorare an den Abschlussprüfer, die Rödl & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft gliedern sich wie folgt auf:

- TEUR 10 für die Prüfungskosten der Gesellschaft und deren Tochtergesellschaften (Aufbau von Rückstellungen) (Vorjahr: TEUR 46 inklusive Quartalsreviews)
- TEUR 0 für sonstige Beratungskosten (Vorjahr: TEUR 17)

Haftungsverhältnisse

Zur Besicherung eines als Mietkaution abgeschlossenen Avalkredits bei einem inländischen Kreditinstitut ist ein Bankguthaben in Höhe von TEUR 250 an den Avalgeber abgetreten. Aus dem Avalkredit wurden im Geschäftsjahr 2006 durch den Vermieter TEUR 176 abgerufen. Damit beläuft sich der noch nicht in Anspruch genommene Avalkredit und die hierfür hinterlegte Barsicherheit zum 31.12.2006 auf TEUR 74.

Ferner wurde ein Bankguthaben als Sicherheit für ein KfW-Darlehen an die durchleitende Bank verpfändet. Infolge des Insolvenzantrages der november AG wurde das Darlehen vom Kreditgeber gekündigt und die hinterlegte Sicherheit (TEUR 170) gegen die Darlehensverbindlichkeit verrechnet. Die noch offene, unbesicherte Verbindlichkeit beläuft sich zum 31.12.2006 auf TEUR 59.

Im Zuge der Ausgründungen der identif GmbH und der directif GmbH sowie dem Management Buy Out der responsif GmbH wurden mehrere Förderanträge mit allen Rechten und Pflichten auf die Tochtergesellschaften übertragen. Die november AG hat sich gegenüber dem jeweiligen Projektträger verpflichtet, die Gegenfinanzierung für den von den GmbHs noch zu tragenden Eigenanteil der Projektkosten zu sichern. Infolge der Insolvenz kann die november AG dieser Verpflichtung nicht mehr nachkommen. Die Projektträger wurden hierüber von der november AG entsprechend informiert.

Die Gesellschaft hat am 10.9.2001 gegenüber der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen eine selbstschuldnerische Bürgschaft in Höhe von TEUR 166 zu Gunsten der PEQLAB Biotechnologie GmbH, Erlangen, abgegeben. Das seinerzeit besicherte Darlehen wurde von der PEQLAB Biotechnologie GmbH inzwischen vollständig getilgt.

Weitere Haftungsverhältnisse aus Wechselobligo, Bürgschaften, Gewährleistungsverträgen oder vergleichbare Sachverhalte liegen nicht vor.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

- Ergebnisabführungsverträge mit der identif GmbH und der directif GmbH
Die november AG leistete bislang unterjährige Vorauszahlungen auf die am Jahresende durchzuführende Verlustübernahme aus den mit den Tochtergesellschaften identif GmbH und directif GmbH geschlossenen Ergebnisabführungsverträgen. Die Verlustübernahme wurde bis einschließlich 31.12.2006 durchgeführt und für noch nicht durch die Vorauszahlungen abgedeckte Jahresfehlbeträge entsprechende Verbindlichkeiten eingestellt. Die Ergebnisabführungsverträge bestehen auch nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens fort. Es erfolgte bisher keine Kündigung durch den Insolvenzverwalter. Für den Minderheitsgesellschafter der identif GmbH ist eine Mindestausgleichsverpflichtung, auch im Verlustfall, vereinbart. Die korrespondierenden Beträge wurden in die sonstigen Verbindlichkeiten eingestellt.

- Betriebsmitteldarlehen PEQLAB
Die november AG hat sich am 16.5.2002 gegenüber der PEQLAB GmbH zur Gewährung eines Betriebsmitteldarlehens in Höhe von TEUR 90 mit einer Laufzeit von fünf Jahren ab Auszahlung und einer Jahresverzinsung in Höhe von 5,5% verpflichtet. Eine Auszahlung ist zum 31.12.2006 nicht erfolgt. Nach Abschluss des Geschäftsjahres wurde zwischen dem Insolvenzverwalter und der Geschäftsführung der PEQLAB Biotechnologie GmbH eine Vereinbarung geschlossen, in welcher die Verpflichtung der november AG zur Darlehensausreichung aufgehoben wurde.

- Darlehenszusage an die responsif GmbH
Anfang 2006 hat sich die november AG verpflichtet, ein weiteres Darlehen von bis zu Mio. EUR 1 innerhalb des Geschäftsjahres 2006 an die responsif GmbH auszureichen, sofern bestimmte vertragliche Bedingungen erfüllt werden. Diese wurden nicht im erforderlichen Umfang erfüllt. Außerdem wurden die bereits ausgereichten Darlehen aus wichtigem Grund gekündigt. Darüber hinaus hat der Insolvenzverwalter den Nichteintritt in die Darlehenszusage erklärt. Nach dem Bilanzstichtag wurde die abgegebene Darlehenszusage im Zuge eines Vergleichs als endgültig erledigt erklärt.

- Mietverträge
Die bisherigen Immobilienmiet- und –leasingverträge wurden vom Vermieter bzw. Leasinggeber (in beiden Fällen die Langer & Partner GbR) wegen rückständiger Zahlungen gekündigt. Zwischen dem Insolvenzverwalter und dem Vermieter wurde eine Einigung über die Weiternutzung der Gebäude für die Dauer des Insolvenzverfahrens erzielt. Derzeit laufen Gespräche mit dem Investor bzgl. der teilweisen Weiternutzung des Gebäudes nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens auf einer neuen vertraglichen Basis. Der gekündigte Leasingvertrag sieht außerdem vor, dass die november AG bei einer vorzeitigen Vertragskündigung dem Leasinggeber u.a. den Schaden zu ersetzen hat, der diesem aus einer Weitervermietung oder einem Verkauf der Immobilie zu schlechteren Konditionen als im Leasingvertrag vereinbart, entsteht. Hierfür wurde eine entsprechende Rückstellung aufgebaut.

Angaben gemäß Corporate Governance Kodex

§ Mietverhältnis mit der Langer & Partner GbR

An der Langer & Partner GbR sind Herr Dr. Bertling (Vorstandsvorsitzender der november AG bis 4.9.2006), Herr Dr. Steib (Aufsichtsratsmitglied der november AG bis 12.3.2007) sowie ein ehemaliges Aufsichtsratsmitglieds und weitere Personen AG zu je 20% beteiligt.

Seit 1998 bzw. 1999 hat die november AG von der Langer & Partner GbR die von ihr genutzten Verwaltungs- und Laborgebäude angemietet. Das Mietverhältnis wurde im Jahr 2001 in einem Leasingvertrag, der unter Heranziehung unabhängiger Gutachten von Wirtschaftsprüfern und Immobiliensachverständigen „at arm's length“ geschlossen wurde, neu geregelt.

Die Gesamtmietzeit beträgt 13,5 Jahre, beginnend am 01.11.2000. Im abgelaufenen Geschäftsjahr beliefen sich die Leasingaufwendungen auf TEUR 367. Der Leasingvertrag wurde vom Leasinggeber im Zuge der vorläufigen Insolvenz der november AG außerordentlich gekündigt.

Darüber hinaus wurde am 14.12.2001 mit Langer & Partner GbR ein weiterer Mietvertrag „at arm's length“ über ein angrenzendes Grundstück mit Parkplatz und Gebäude geschlossen. Das Mietverhältnis wurde auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die Miete betrug bislang TEUR 74 p.a.. Der Vermieter hat das Mietverhältnis aufgrund Zahlungsrückstand außerordentlich gekündigt.

· Kaufvertrag und Gewinnabführungsvertrag über Schutzrechtsanmeldungen mit Herrn Dr. Bertling vom 9./11.3.1998

Mit Kaufvertrag vom 9./11.03.1998 erwarb die november AG mehrere Schutzrechte und Schutzrechtsanmeldungen von Dr. Bertling zum Kaufpreis in Höhe von EUR 57.661 netto. Der Vertrag sieht vor, dass Herr Dr. Bertling für den Fall des Entzugs der Prokura, der Geschäftsführungsverantwortung, der Kürzung des Jahresgehalts oder der Entlassung als für den Bereich Technologie verantwortliches Mitglied des Vorstands eine erfolgsorientierte Lizenzgebühr erhält. Ein von Herrn Dr. Bertling mit seinem Ausscheiden eingeforderter Betrag in Höhe von rd. Mio. EUR 1 ist nach Ansicht eines vorliegenden anwaltlichen Gutachtens nicht gerechtfertigt, eine Rückstellung wurde daher nicht gebildet. Der Streit konnte nach Ende des Berichtszeitraums im Wege eines Vergleichs beigelegt werden. Für die damit zusammenhängenden Anwaltskosten wurde eine ausreichend dotierte Rückstellung gebildet.

· Ausschließlicher Lizenzvertrag „Annexin“ vom November 1998

Dem lizenzgebenden Erfinderkonsortium gehört auch der ehemalige Vorstand der november AG, Dr. Bertling, an. Herr Dr. Bertling ist an dem Lizenzvertrag mit einem Anteil von 10% als Lizenzgeber beteiligt. Die Lizenzgeber erteilten der november AG eine ausschließliche Lizenz für die Benutzung des Lizenzgegenstandes. Mit Einverständnis des Lizenzgebers wurde von der november AG im Jahr 2003 eine Sublizenz an die responsif GmbH vergeben. Die Lizenzgeber haben im September 2006 der november AG/responsif GmbH die erteilte Lizenz gekündigt.

**Mitteilungen der Gesellschaft gemäß § 25 Abs. 1 WpHG
im Berichtszeitraum 1.12.-31.12.2006
sowie nach dem Stichtag 31.12.2006**

01.12.2006:

Dr. Claus Müller, Deutschland, hat der november AG, Ulrich-Schalk-Str. 3, 91056 Erlangen (WKN 676290, ISIN DE0006762909) am 23. November 2006 gemäß § 21 Abs.1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der november AG am 17. November 2006 die Schwelle von 10% überschritten hat und nun 10,28% beträgt. Hiervon sind ihm 4,87% der Stimmrechte nach § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

24.04.2007:

Die IBL Gesellschaft für Immunchemie und Immunbiologie mbH, Deutschland, hat der november AG, Ulrich-Schalk-Str.3, 91056 Erlangen (WKN 676290, ISIN DE006762909) am 20.04.2007 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der november AG am 02.03.2007 die Schwelle von 3% unterschritten hat und nun 0% (0 Stimmrechte) beträgt.

Die BIOMED Beteiligungsgesellschaft mbH, Deutschland, hat der november AG, Ulrich-Schalk-Str. 3, 91056 Erlangen (WKN 676290, ISIN DE006762909) am 30.04.2007 gemäß § 21 Abs.1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der november AG am 02.03.2007 die Schwelle von 3% überschritten hat und nun 4,87% (365.725 Stimmrechte) beträgt.

Herr Dr. Claus Müller, Deutschland, hat gemäß § 21 WpHG am 24.04.2007 der november AG, Ulrich-Schalk-Str. 3, 91056 Erlangen (WKN 676290, ISIN DE006762909) mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der november AG am 02.03.2007 die Schwelle von 10% überschritten hat und zu diesem Tag 10,86% (815.079 Stimmrechte) beträgt. Davon sind ihm 4,87% (365.725 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Zugerechnete Stimmen werden dabei über folgende von ihm kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der november AG jeweils 3% oder mehr beträgt, gehalten:

- BIOMED Beteiligungsgesellschaft mbH, Obere Hardtstr. 18, 79114 Freiburg i. Breisgau, 4,87% (365.725 Stimmrechte).

ANGABEN ZUM AUFSICHTSRAT UND ZUR GESCHÄFTSLEITUNG

Die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats bekleiden die nachstehend kursiv gedruckten Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und vergleichbaren Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen:

Vorstand

Herr Reinhard Schüren (CEO, Vorstandsvorsitzender), Berg, Vorstandsmitglied bis 31.3.2007

Frau Astrid Dickert (CFO, Finanzvorstand), Erlangen, Vorstandsmitglied bis 31.3.2007

Dr. Claus Müller (CEO, Vorstandsvorsitzender), Freiburg, Vorstandsmitglied seit 1.4.2007

Jürgen Haegele (CFO, Finanzvorstand), Kirchzarten, Vorstandsmitglied seit 1.4.2007

Prof. Dr. Dr. Hans-Alois Dresel (CSO, Vorstand Forschung & Entwicklung), Schriesheim, Vorstandsmitglied seit 1.4.2007

Die Gesamtbezüge des Vorstands im Zeitraum 01.12.-31.12.2006 teilen sich wie folgt auf:

	Vergütung in TEUR	
	fixer Bestandteil	variabler Bestandteil *)
Herr Schüren	10	0
Frau Dickert	7	0

*) Variable Vergütungen für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1.12.-31.12.2006 waren nicht zu bezahlen, da die Bedingungen nicht erfüllt waren bzw. ein freiwilliger Verzicht ausgesprochen wurde.

Der Vorstand hält zum 31.12.2006 keine Aktien der Gesellschaft. Die Mitglieder des Aufsichtsrats halten zum 31.12.2006 insgesamt 120.749 Aktien der Gesellschaft.

Frau Dickert hielt zum 31.12.2006 35.000 Aktienoptionen der Gesellschaft, welche nach dem Bilanzstichtag vollständig an die Gesellschaft zurückgegeben wurden.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft setzt sich zum 31.12.2006 wie folgt zusammen:

Herr Günter Franckene, Berg, Aufsichtsratsvorsitzender

Unternehmensberater

CONCENTRO AG [vormals Fairvest AG] (Vorsitzender)

Epigenomics AG

KEY NEUROTEK AG (Vorsitzender)

LCG International AG (Vorsitzender)

Verbena AG

IMTM GmbH (stv. Vorsitzender des Beirates)

Virologik GmbH (Vorsitzender des Beirates)

Sirion GmbH (Mitglied des Beirates)

Herr Horst Linn, Eschenfelden, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender

Unternehmer

ANTISENSE PHARMA GmbH

SiCrystal AG

S-ReFIT AG

Herr Martin Behrens, Heitersheim

Rechtsanwalt

Herr Dr. Werner Schöfeld, Münchenstein (Schweiz)

Unternehmensberater

Herr Dr. Leo Steib, Erlangen, Mandatsniederlegung zum 12.3.2007

Arzt

Für die Aufsichtsratsvergütung für den Zeitraum 01.12.-31.12.2006 wurde eine Rückstellung in Höhe von TEUR 8 (01.01.-30.11.2006: TEUR 80) gebildet. Diese verteilt sich gleichmäßig auf die Aufsichtsratsmitglieder, wobei der Aufsichtsratsvorsitzende den zweifachen Betrag erhält.

Folgendes Aufsichtsratsmitglied hat im Berichtszeitraum 01.12.-31.12.2006 sein Mandat niedergelegt:

Herr Walter Schurmann, Kössen (Österreich), Mandatsniederlegung zum 18.12.2006

Rechtsanwalt und Steuerberater

ELIA Tuning & Design AG (stv. Vorsitzender)

GUB Glasauer Swiss KoAG

Oberdorfer AG (Vorsitzender)

Renairgy AG (stv. Vorsitzender)

Veränderungen im Aufsichtsrat nach dem Bilanzstichtag:

Herr Prof. Dr. Ekkehard Bautz, Heidelberg, auf Antrag der Gesellschaft gerichtlich bestellt am 4.1.2007

Universitätsprofessor (emeritus)

Progen Biotechnik GmbH (Mitglied des Aufsichtsrats)

Erlangen, Mai 2007

Dr. Claus Müller
Vorstandsvorsitzender
CEO

Jürgen Haegele
Finanzvorstand
CFO

Prof. Dr. Dr. Hans-Alois Dresel
Vorstand Forschung & Entwicklung
CSO

ANLAGESPIEGEL

Angabe in EUR	Anschaffungskosten				kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	01.12.2006	Zugang	Abgang	31.12.2006	01.12.2006	Zugang	Zuschreibung	31.12.2006	31.12.2006	30.11.2006
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	252.195,25	0,00	0,00	252.195,25	250.929,25	45,00	0,00	250.974,25	1.221,00	1.266,00
	252.195,25	0,00	0,00	252.195,25	250.929,25	45,00	0,00	250.974,25	1.221,00	1.266,00
II. Sachanlagen										
Bauten auf fremden Grundstücken	999.270,89	0,00	0,00	999.270,89	999.270,89	0,00	0,00	999.270,89	0,00	0,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.134.383,35	0,00	0,00	1.134.383,35	1.096.861,35	1.212,66	0,00	1.098.074,01	36.309,34	37.522,00
	2.133.654,24	0,00	0,00	2.133.654,24	2.096.132,24	1.212,66	0,00	2.097.344,90	36.309,34	37.522,00
III. Finanzanlagen										
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.072.317,31	0,00	0,00	1.072.317,31	836.237,31	0,00	0,00	836.237,31	236.080,00	236.080,00
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	283.766,98	0,00	0,00	283.766,98	0,00	0,00	0,00	283.766,98	283.766,98	283.766,98
Beteiligungen	439.051,01	0,00	0,00	439.051,01	379.205,13	0,00	11.000,00	368.205,13	70.845,88	59.845,88
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	158.646,13	0,00	0,00	158.646,13	143.646,13	0,00	0,00	143.646,13	15.000,00	15.000,00
Wertpapiere des Anlagevermögens	25.900,00	0,00	0,00	25.900,00	900,00	0,00	0,00	900,00	25.000,00	25.000,00
Sonstige Ausleihungen	4.203.562,35	0,00	0,00	4.203.562,35	4.203.562,35	0,00	0,00	4.203.562,35	0,00	0,00
	6.183.243,78	0,00	0,00	6.183.243,78	5.563.550,92	0,00	11.000,00	5.552.550,92	630.692,86	619.692,86
Summe	8.569.093,27	0,00	0,00	8.569.093,27	7.910.612,41	1.257,66	11.000,00	7.900.870,07	668.223,20	658.480,86

5 Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der november Aktiengesellschaft, Erlangen, für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Dezember 2006 bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den Vorschriften der Insolvenzordnung und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen der gesetzlichen Vertreter im Lagebericht hin. Dort wird unter dem Punkt "Geschäftsentwicklung im Rumpfgeschäftsjahr 2006" ausgeführt, dass trotz des im Zeitpunkt der Abschlusserstellung aufgehobenen Insolvenzverfahrens ein Wiederaufleben der Going-Concern-Prämisse nicht erfolgte, da die zukünftige mittelfristige Finanzierung noch nicht als hinreichend gesichert angenommen werden kann.

Nürnberg, den 4. Mai 2007

Rödl & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Bömelburg
Wirtschaftsprüfer

Morgenroth
Wirtschaftsprüfer